

vom Ratsbüro genehmigt  
am: 30. Mai 2000

## **PROTOKOLL**

---

der 7. Sitzung  
vom Dienstag, 23. Mai 2000  
17.00 - 19.30 Uhr  
Grossratssaal der Rathauslaube

---

Vorsitz: Susanne Günter (FDP)  
Protokoll: René Gisler (Nichtmitglied)  
Stimmzählerinnen: Verena Bucher (SP) und Gertrud Walch (SVP)

Anwesend: von total 50 Mitgliedern:  
Ratspräsidentin und 40 Mitglieder  
5 Stadträte

Entschuldigt : Peter Happle (SVP)  
Bea Hauser (SP)  
Hans Ith (SVP)  
Marco Heer (JPS)  
Annina Keller (JPS)  
Hanspeter Meier (SVP)  
Leonhard Ott (OeBS)  
Stephan Schlatter (SVP)  
Benno Seemüller (CVP)

Zu Beginn der Sitzung: Raphaël Rohner (FDP)

Für den Schluss der Sitzung: SR Werner Widmer  
Thomas Hauser (FDP)

- Traktanden: 1. MOTION Thomas Neukomm (SP) v. 25.1.2000 -  
Gestaltung des öffentl. Raums** **Seite 225**
- 2. VdSR vom 21. Sep. 1999 - Zentrum Landhuus -  
Projekt.kredit Bushof bzw.  
Vorlage SPK vom 8. Mai 2000 - Vorgehenskonzept  
Projekt "Landhuus / Bushof"** **Seite 236**
- 3. MOTION Rolf Amstad (SP) vom 6.3.2000  
"Dorfzentrum Herblingen" (Begründung)** **Seite 253**

**PENDENTE GESCHÄFTE**

- VdSR vom 29. Juni 1999 - Sportstadion Breite, Varianten Sanierung/Neubau SPK
- Vorlage des Büros des GrSR vom 7. Dez. 1999 - Erarbeitung eines Pflichtenheftes für Baukommissionen und allenfalls einer ständigen Bau-Fachkomm. SPK
- MOTION Rolf Amstad (SP) "Dorfzentrum Herblingen" vom 6.3.2000  
(Beantwortung und Beschlussfassung)
- VdSR vom 7. März 2000 - Reorganisation Baureferat; Anpassung Stellenplan SPK
- VdSR vom 14. März 2000 - Ergänzung von Bauordnung und Zonenplan, Schaffung einer "Reitsportzone Griesbach" mit Reithalle SPK
- INTERPELLATION Iren Eichenberger (OeBS) vom 13. März 2000 - A4-Ausbau auf 4 Spuren
- INTERPELLATION Andres Bächtold (SP) vom 4. April 2000 - "Hartes Wasser in Schaffhausen"
- VdSR vom 4. April 2000 - Bericht über die hängigen Motionen GPK
- VdSR vom 11. April 2000 - Jahresrechnung der Einwohnergemeinde SH/ Leistungsauftrag Pilotabteilungen WOV - Jahresbericht 1999 GPK
- VdSR vom 9. Mai 2000 - Abgabe einer Teilfläche der städt. Parzelle GB Nr. 8361 "Merishausertal", von 980 m<sup>2</sup>, im Baurecht an Frau Antonia Somm, 8200 Schaffhausen GPK
- VdSR vom 9. Mai 2000 - Abgabe der städt. Parzelle GB Nr. 8564 "Merishausertal" von 1'941 m<sup>2</sup>, im Baurecht an die Firma Leu-Rüsi & Co., 8200 Schaffhausen GPK
- VdSR vom 9. Mai 2000 - Baurecht GB Nr. 10'314 auf GB Nr. 1708 von Rolf von Burg, 8200 SH - Vertragsänderung durch Flächenreduktion und Neubegründung für die Ehegatten Rosanna + Peter Unternährer-Marini, 8200 Schaffhausen GPK
- INTERPELLATION Christian Hablützel (SP) vom 22. Mai 2000 - Nachhaltige Wasserwirtschaft
- VdSR vom 16. Mai 00 - Projekt heroingestützte Behandlung in der Stadt SH
  
- KLEINE ANFRAGE von Ernst Gründler (FDP), datiert vom 2. März 2000 betr. "Reorganisation öffentlicher Busverkehr" (Lauf-Nr. 2/2000)
- KLEINE ANFRAGE von Peter Neukomm (SP), datiert vom 17. Mai 2000 betr. "Tiefbauverzögerungen Neustadt" (Lauf-Nr. 4/2000)

**BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE**  
-----**Traktandum 1 MOTION Thomas Neukomm (SP) v. 25.1.2000 -  
Gestaltung des öffentl. Raums**  
-----

Die Motion wird vom Motionär begründet, von SR Kurt Schönberger beantwortet und im Rat diskutiert.

Der Grosse Stadtrat beschliesst mit **26 : 16 Stimmen**, die abgeänderte Motion wie folgt zu überweisen:

*Der Stadtrat wird beauftragt, ein Leitbild für den öffentlichen Raum unserer Stadt zu erstellen und darüber Bericht und Antrag zu erstatten.*

Die Punkte 2 und 3 der Motion werden ersatzlos gestrichen.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 2 VdSR vom 21. Sep. 1999 - Zentrum Landhuus -  
Projekt.kredit Bushof  
bzw. Vorlage der SPK vom 8. Mai 2000 - Vorgehenskonzept  
Projekt "Landhuus / Bushof "**

---

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage der SPK vom 8. Mai 2000 gut und stimmt den Anträgen - Antrag 2 korrigiert - mit **40 : 0 Stimmen** wie folgt zu:

- 1. Der Grosse Stadtrat genehmigt das von der SPK "Zentrum Landhuus" am 8. Mai 2000 verabschiedete Vorgehenskonzept Projekt "Landhuus/Bushof". Es ersetzt die Vorlage des Stadtrates vom 21. September 1999 mit dem Titel "Zentrum Landhuus; Projektierungskredit für den Bushof".*
- 2. Der Grosse Stadtrat erklärt sich mit der Bildung der vorgeschlagenen Projektorganisation einverstanden.*

Diese Fassung, welche auf Anregung von Peter Möller (GB) von der SPK übernommen wurde, obsiegt mit **20 : 16 Stimmen** gegenüber dem Antrag von Raphaël Rohner (FDP), welcher für die Formulierung plädierte: (...). Die Fraktionen bestimmen das aus ihrer Mitte stammende Mitglied des Steuerungsausschusses und teilen es dem Stadtrat mit.

Bernhard Egli (OeBS) unterliegt mit **5 : 31 Stimmen** mit seinem Antrag, der Hauseigentümerverband sei nicht in den Steuerungsausschuss aufzunehmen (Beilage 1)

- 3. Zur Erarbeitung von Konzeptvarianten und der Erstellung eines Vorprojektes, welches die künftige Gestaltung des Areals "Landhuus/Bushof" aufzeigt, bewilligt der Grosse Stadtrat einen Kredit von Fr. 150'000.--.*

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 3 MOTION Rolf Amstad (SP) vom 6.3.2000  
"Dorfzentrum Herblingen" (Begründung)**

---

Die Motion wird vom Motionär begründet.

Die Antwort des Stadtrates und Beschlussfassung erfolgen an der nächsten Ratssitzung.

**BEGRÜSSUNG**

**Ratspräsidentin Susanne Günter** eröffnet die Ratssitzung mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie der BesucherInnen auf der Tribüne.

**Mitteilungen:**

- Die offiz. Einweihung des "Huus Emmersberg" (Bürgerheim) findet am Donnerstag, 29. Juni 2000, 18.30 Uhr statt. Der Rat ist dazu herzlich eingeladen. Die schriftliche Einladung folgt in den nächsten Tagen.
- Die Ratspräsidentin erinnert den Rat an die persönliche Einladung des Museums zur Führung vom Dienstag, 6. Juni 2000, 19.00 Uhr, zu welcher auch die PartnerInnen der Ratsmitglieder eingeladen sind. Die Verantwortlichen der Veranstaltung freuen sich auf eine gute Präsenz.

**NEU EINGEGANGENE GESCHÄFTE SEIT DER LETZTEN SITZUNG:**

***VdSR vom 9. Mai - Abgabe einer Teilfläche der städt. Parzelle GB Nr. 8361 "Merishausertal", von 980 m<sup>2</sup>, im Baurecht an Frau Antonia Somm, 8200 Schaffhausen***

***VdSR vom 9. Mai - Abgabe der städt. Parzelle GB Nr. 8564 "Merishausertal" von 1'941 m<sup>2</sup>, im Baurecht an die Firma Leu-Rüsi & Co., 8200 Schaffhausen***

***VdSR vom 9. Mai - Baurecht GB Nr. 10'314 auf GB Nr. 1708 von Rolf von Burg, 8200 SH - Vertragsänderung durch Flächenreduktion und Neubegründung für die Ehegatten Rosanna + Peter Unternährer-Marini, 8200 Schaffhausen***

Das Büro schlägt dem Rat vor, diese drei Geschäfte der GPK zur Vorberatung zuzuweisen. Kein Gegenantrag - so beschlossen.

- ***VdSR vom 16. Mai 2000 - Projekt heroingestützte Behandlung in der Stadt SH***  
SR. T. Feurer: "Sie haben die Vorlage fristgerecht am letzten Samstag erhalten. Die Information der Medien, der Ratsmitglieder und der AnwohnerInnen erfolgte zur gleichen Zeit. Wir sind seit einiger Zeit mit dem Kanton in Verhandlungen. Der Kanton beteiligt sich an diesem Projekt nebst dem finanziellen Beitrag von 50'000 Franken auch mit den gesamten ärztlichen Leistungen über das Psychiatrie-Zentrum.  
Ich möchte Ihnen beliebt machen - ich habe das mit dem Kanton so abgesprochen - dass zuerst das Kantonsparlament über diese 50'000 Franken und diese gesundheitliche Leistung berät und der GrSR in der Zwischenzeit diese Vorlage sistiert. Die Vorlage an den GrSR ist ein integraler Bestandteil der Vorlage des Regierungsrates an das kantonale Parlament. Ich hoffe, dass dort ein positiver Entscheid gefällt wird und wir nachher mit unseren Beratungen weiter fahren können. Aufgrund der vorgegebenen Limiten müssen wir lediglich in der Stadt eine Volksabstimmung durchführen. Diese folgt nach den Beratungen des GrSR.  
Ich hoffe auf eine sachliche Diskussion zu diesem relativ schwierigen Themenbereich. Besten Dank."

*Das Büro schlägt dem Rat vor, die Bildung der Spezialkommission so lange zurück zu stellen, bis der Kantonsrat über dieses Geschäft beraten und entschieden hat.*

*Kein Gegenantrag - so beschlossen.*

**- INTERPELLATION Christian Hablützel (SP) vom 22. Mai 2000 -  
Nachhaltige Wasserwirtschaft**

Dieser Vorstoss wird auf die Traktandenliste der nächsten Sitzung gesetzt.

- KLEINE ANFRAGE von Peter Neukomm (SP), datiert vom 17. Mai 2000 betr.  
"Tiefbauverzögerungen Neustadt" (Lauf-Nr. 4/2000)  
Die Beantwortung erfolgt durch den Stadtrat.

**- Geschäftsbericht 1999 des Stadtrates z.K.**

*Der Rat hat Gelegenheit, sich im Rahmen der Behandlung der Rechnung 1999 der Einwohnergemeinde SH am 20. Juni 2000 dazu zu äussern.*

**PROTOKOLL**

Das Ratsprotokoll Nr. 6 vom 9. Mai 2000 wurde vom Ratsbüro geprüft und genehmigt. Es liegt beim Ratssekretär auf und kann dort heute eingesehen werden. Anmerkungen hierzu werden keine angebracht.

**TAGESORDNUNG**

Die Traktandenliste zur heutigen Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt.  
Die Tagesordnung wird gutgeheissen.

**Esther Bänziger (SP)**

Persönliche Erklärung

"Im Zusammenhang mit der Behandlung des Geschäftes "Stellen- u. Organisationsanpassungen für die sozialen Dienste der Stadt SH" vor zwei Wochen hat SR Th. Feurer bezüglich der Geschlechtsneutralität in der Formulierung der Vorlage darauf hingewiesen, dass man eine Lösung für die ganze Stadt ins Auge fassen sollte - z.B. einen eingeschobenen Satz mit einem entspr. Hinweis am Anfang der Vorlagen. Ich möchte es nochmals deponieren, dass ich es a.o. schätzen würde, wenn die Vorlagen aus dem Stadthaus entsprechend formuliert wären. Mit dem Vorschlag von SR Feurer - allg. Hinweis, dass mit der Formulierung auch die Frauen gemeint sind - kann ich mich überhaupt nicht einverstanden erklären. Ich bin definitiv kein Lehrer und Herr Mittler ist definitiv keine Bankdirektorin. Daher wünsche ich, dass die geschlechtsneutrale Form angewendet wird. Wenn man sich daran gewöhnt, dann ist es kein Problem. Ich würde es schätzen, wenn ich bald nicht mehr auf dieses Thema hinweisen müsste."

**Traktandum 1 MOTION Thomas Neukomm (SP) v. 25.1.2000 -  
Gestaltung des öffentl. Raums**

---

**Thomas Neukomm (SP)**                      Motionsbegründung \*

"Meine Begründung möchte ich mit folgendem Zitat beginnen: "Ordnung ohne Vielfalt wird schnell zur Monotonie und Langeweile, Vielfalt ohne Ordnung schnell zum Chaos."

Wie Sie aus dem Motionstext entnehmen können, suche ich nach Möglichkeiten, die in Zukunft einen verantwortungsvollen Umgang mit dem öffentl. Aussenraum zulassen. Das heisst konkret auch den Umgang mit Strassenbelägen, festen und beweglichen Möblierungselementen jeglicher Art; dazu zähle ich auch parkierte Fahrzeuge oder die öffentliche Beleuchtung. Diese hat nicht nur sicherheitstechnische und ästhetische Kriterien zu erfüllen, sondern ist auch verantwortlich für das nächtliche Erscheinungsbild und das Raumgefühl. Der Begriff "öffentlicher Raum" umfasst Strassenräume, Wege und Plätze der Quartiere und der Altstadt. Die Steigerung der Attraktivität unserer Stadt als Lebensraum und Identität stiftender Ort ist auch eine am "Runden Tisch" festgehaltene Zielsetzung gewesen.

In vielen Schweizer Städten sind Bestrebungen im Gange zur Aufwertung der Aussenräume; auch in unserer. Guter Wille von versch. Seiten reicht aber leider nicht aus, um ein befriedigendes Gesamtergebnis zu erhalten. Aufwertung entpuppt sich beim näheren Hinsehen oft als oberflächliche Anwendung gestalterischer Floskeln. Übermöblierung, Kitsch, Installieren von pseudoprivaten Nischen oder Überflutung mit Werbung sind Auswüchse dieser Bestrebungen.

Das unkoordinierte Aufwerten verkommt zum Patchwork. Die Angst vor dem Leeren fördert zudem einen sogenannten "Hausfrauen-Urbanismus" - einen Blumentopf hier, eine Reihe Pflanzkübel dort, nicht selten bestückt mit Pflanzen, die ökologischen Kriterien nicht gerecht werden. Dem Eigeninteresse entspringende Einzelaktionen, wie Expansion von Geschäften oder Restaurants in den Gassenraum, um mehr Platz zu gewinnen, stehen oft vor dem Gesamtnutzen. In der Altstadt kommen mir da spontan das Restaurant Kronenhof und das Restaurant Sittich in den Sinn oder die vielen Kleiderstände, die früher einmal bei den eingezogenen Eingängen Platz fanden.

Auch Verkehrssicherheits-Massnahmen und Signalisationen tragen ihren Beitrag zur Vielfalt von zusammenhangslosen, uneinheitlichen Elementen im öffentlichen Raum bei. Ein heikles Thema, werden solche Installationen doch oft mit verschiedensten Vorschriften gerechtfertigt und beinahe unantastbar, wenn sie einmal dastehen.

Zum Glück gibt es aber auch auf diesem Gebiet fortschrittliche Lösungen in der Schweiz. Sie sind z.B. in den Publikationen des VCS mit dem Titel "Planungsansatz Langsamverkehr" oder in der Broschüre der ETH Lausanne "Le temps des rues vers un nouvel aménagement de l'espace rue" publiziert. Einige Städte der Schweiz versuchen diesem Mangel an Umgangsformen mit dem öffentlichen Aussenraum mit Hilfe von Konzepten entgegen zu wirken.

Für den Blick über den eigenen Gartenzaun nach der Suche von guten Lösungen darf man nicht zu selbstgefällig sein.

Die Stadt Bern hat wie Schaffhausen eine attraktive Altstadt. Trotzdem hat sie bezüglich der Behandlung des öffentlichen Aussenraums innovatives Denken entwickelt, wie keine andere Stadt in der Schweiz.

Auch für Schaffhausen wäre die Zeit reif, einen Schritt in die Berner Richtung zu unternehmen, laufen doch bedeutende Planungs- und Bauaufgaben im öffentl. Raum wie

- ◆ Parkhaus Herrenacker mit neuem Verkehrsregime und einer neuen Oberflächengestaltung
- ◆ der allmähliche Rückbau und die Neusituierung der Parkflächen im Altstadtbereich im Gegenzug zur Erstellung peripherer Parkhäuser
- ◆ Kanalisationssanierungen Oberstadt-Neustadt in Verbindung mit der Einpassung des Kreisels am Obertor
- ◆ Sanierung Rheinufer, Neugestaltung Brückenkopf, Freier Platz, Moserstrasse
- ◆ Aufwertung der Aussenquartiere und deren Zentren durch verkehrsberuhigende Massnahmen z.B. in Herblingen und Buchthalen

Zusätzlich besteht durch die Reorganisation des Hochbauamtes die Chance, Zielsetzungen und Zuständigkeiten neu zu definieren.

Die drei Punkte der Motion fordern konkret Folgendes:

1. Ein Leitbild für den öffentlichen Raum unserer Stadt. Dieses braucht es als Grundlage für die spätere Formulierung von individuellen, der Situation angepassten Lösungen, damit diese gemeinsam ein sinnvolles Ganzes bilden.
2. Die Schaffung einer verwaltungsinternen, interdisziplinären Koordinationsgruppe (z.B. für flankierende Massnahmen bei Tiefbauarbeiten oder bei Verkehrsregimesänderungen), damit die Zuständigkeiten für gestalterische Massnahmen geregelt werden können und gezielt Informationspolitik betrieben werden kann, um das Interesse der Bevölkerung zu wecken und die Verantwortung für den öffentlichen Raum zu fördern.
3. Ein Finanzierungsmodell zur kontinuierlichen Aufwertung des öffentlichen Stadtraums für die nächsten 10 Jahre, damit auch bei kleinen, unvorhersehbaren Aufgaben angemessene Lösungen möglich sind.  
Bern hat dafür jährlich Fr. 50'000.-- ins Budget aufgenommen. In Schaffhausen könnte man diesen Betrag unserer Stadtgrösse anpassen.

Zum Schluss möchte ich noch einmal die Beweggründe für die Lancierung dieser Motion zu diesem Zeitpunkt erwähnen. Es sind dies:

1. die Geschehnisse bei den Bauvorhaben der Stadt - Bahnhofstrasse und Moserstrasse, wo die Koordination nicht optimal funktioniert hat
2. die zu erwartende Umsetzung der Resultate des "Runden Tisches Parkplatzpolitik"
3. die laufenden Planungen Herrenacker, Landhaus, Schifflande
4. die Reorganisation des Baureferates.

Liebe Ratsmitglieder, ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe, dass Sie dem "Öffentlichen Raum" von Schaffhausen im Sinne dieser Motion eine Chance geben."

**Stadtrat Kurt Schönberger**

Antwort des Stadtrates \*

"Als Grundlage für seinen Vorstoss verweist der Motionär auf das Beispiel der Stadt Bern.

Die Stadt Bern hat in der Planungs- und Baudirektion eine Fachgruppe "Gestaltung im öffentlichen Raum", GÖR, etabliert. Ziel dieser Gruppe ist die Aufwertung der öffentlichen Strassenräume und der Plätze in der Stadt Bern.

Basis für ihre Arbeit ist ein Leitbild. Dieses weist auf allgemeine Probleme hin und legt die Grundsätze für die Gestaltung fest.

Der Zweckartikel der diesbezüglichen Weisungen des Gemeinderates (Exekutive der Stadt Bern) besagt folgendes:

"Die Weisung bezweckt die Förderung einer städtebaulich attraktiven Gestaltung im öffentlichen Raum. Sie verpflichtet die Ämter, ihre Bauvorhaben und andere Massnahmen im öffentlichen Raum zu begründen, mit besonderer Sorgfalt zu gestalten und mit anderen Stellen zu koordinieren."

Ziel der Fachgruppe in Bern ist es, im öffentlichen Raum gute Lösungen zu fördern, kostengünstig und gleichzeitig mit hoher Gestaltungsqualität zu realisieren sowie Synergien zu nutzen.

Die Weisung gilt für alle Ämter der Stadtverwaltung und für die Stadtbetriebe Bern, welche bauliche Leistungen (Reparatur-, Sanierungs-, Umbau- oder Neubauarbeiten von Oberflächengestaltungen, Baumpflanzungen, festen oder beweglichen Möblierungselementen jeglicher Art) im öffentlichen Raum der Stadt Bern planen, bewilligen, festlegen oder umsetzen.

Der Begriff öffentlicher Raum umfasst den öffentlichen Aussenraum der Stadt Bern, d.h. Strassenräume, Wege und Plätze in der Innenstadt und in den Quartieren. Der Problemstellung entsprechend ist der Betrachtungsperimeter zu erweitern und die nähere Umgebung miteinzubeziehen.

Vertreten in dieser Fachgruppe sind je eine Person

- des Tiefbauamtes
- des Stadtplanungsamtes
- der Stadtgärtnerei
- des Hochbauamtes
- der Polizeidirektion und
- der Direktion der Stadtbetriebe.

Die technische Leitung obliegt dem Tiefbauamt, die planerische Leitung dem Stadtplanungsamt.

Daneben besteht ein Leitbild, welches als Grundlage zur Gestaltung im öffentlichen Raum für die Ämter der Stadtverwaltung gilt. Ziel des Projektes ist die Aufwertung der öffentlichen Strassenräume und Plätze in der Stadt Bern.

Soweit die wesentlichen Grundzüge des Berner Modells.

Zweifellos ist die Gestaltung des öffentlichen Aussenraumes für die Wohn- und Lebensqualität einer Stadt von ganz zentraler Bedeutung.

Unterhalts- und Reparaturarbeiten an Strassen sind eine Chance für die Qualitätssteigerung des öffentlichen Raums, wenn bei der Wiederherstellung der Oberfläche gleichzeitig entsprechende Massnahmen realisiert werden.

Diese letzte Aussage trifft zweifellos für Städte ganz generell zu und hat mithin auch Gültigkeit für die Stadt Schaffhausen.

Der Motionär stellt richtigerweise fest, dass wir zur Zeit über kein Leitbild für die Gestaltung des öffentlichen Raums verfügen. Es besteht auch keine Fachgruppe, wie sie in der Stadt Bern eingesetzt ist, die sich ganz konkret mit den Anliegen zur Gestaltung des öffentlichen Raums befasst.

Umgelegt auf die - kleinräumlichen - Verhältnisse lässt sich dies nach Meinung des Stadtrates auch rechtfertigen. Die Erneuerung der Beläge und Beleuchtungen erfolgt bei uns in einem pragmatischen Stil. Das Resultat lässt sich u.E. sehen. Allerdings droht die Beanspruchung des öffentlichen Raums in den letzten Jahren durch den Aussenverkauf und Reklamen zu überborden. Andererseits brachten Strassencafés ohne Zweifel eine Belebung der Altstadt mit sich. Dem Wildwuchs in Bezug auf die Möblierung, Sonnenschirme etc. sollte allerdings mit guten Standards begegnet werden.

Der "runde Tisch" Parkraumplanung hat die Notwendigkeit gestalterischer Massnahmen aufgedeckt. Daraus lässt sich ableiten, dass ein Leitbild mit ähnlichen Zielsetzungen wie diejenigen der Stadt Bern wertvoll sein und aufzeigen könnte, wohin die Reise geht. Es vermag Zusammenhänge in einen grösseren Kontext zu stellen und nimmt die Abteilungen in Pflicht. In diesem Sinne wäre der Stadtrat bereit, diesen Teil der Motion als Auftrag entgegen zu nehmen. Allerdings wäre noch zu bestimmen, wer ein solches Leitbild erstellt und welche finanziellen Mittel dafür aufgewendet werden müssen bzw. können. Bestehende Kommissionen jedenfalls können die konzeptionelle Arbeit, wie sie die Erarbeitung eines Leitbildes darstellt, nicht erfüllen. Weder die Stadtbildkommission noch die Planungskommission sind in der Lage, mit ihren Mitteln eine entsprechende Aufgabe abzudecken - ganz abgesehen davon, dass deren Pflichtenheft so etwas nicht vorsieht.

Die beiden anderen Anliegen der Motion bereiten dem Stadtrat aber schon mehr Mühe. Zum einen die Forderung, eine verwaltungsinterne, interdisziplinäre Koordinationsgruppe zu schaffen, zum anderen ein Finanzierungsmodell für die nächsten zehn Jahre aufzustellen.

Kommissionen und Arbeitsgruppen, meine Damen und Herren, haben wir im Bau- und Umweltreferat genug, um nicht zu sagen mehr als genug. Konkret bezogen auf die vom Herrn Motionär angesprochene Thematik verfügen wir zum Beispiel über

- ◆ die Stadtbildkommission
- ◆ die Planungskommission
- ◆ den Planungsstab
- ◆ diverse Unterarbeitsgruppen der Planungskommission
- ◆ eine interne Koordinationsgruppe HBA/TBA/Polizei/Werke für den Werkleitungs-, Kanal- und Strassenbau

um nur die wichtigsten zu nennen.

Allerdings muss beigefügt werden, dass keine davon sich mit den konkreten Anliegen des Motionärs, also explizit mit der Gestaltung des öffentlichen Raumes, beschäftigt. Hingegen pflegen wir die Praxis, dass bei grösseren Projekten - und damit erfüllen wir gleichzeitig auch die Vorgaben unserer Submissions-Verordnung - auch für die Gestaltung von Plätzen, Strassenzügen usw. entweder der allgemeine oder der beschränkte Wettbewerb durchgeführt werden. Ein Beispiel dafür ist die Gestaltung der Oberfläche des Herrenackers, über die wir uns hier ja kürzlich unterhalten haben.

Wir meinen also, dass wir auf die Einsetzung einer weiteren Arbeitsgruppe oder gar Kommission verzichten können. Dies, weil sich einerseits die bisherige Praxis durchaus bewährt hat und unsere kleinräumigen Verhältnisse absolut überblickbar sind, andererseits Kommissionen und Arbeitsgruppen bestehen, deren Auftrag eventuell mit den Anliegen der Gestaltung des öffentlichen Raumes ergänzt werden könnte - wenn es denn überhaupt sein muss. Es wird dafür lediglich einer organisatorischen Anpassung bedürfen. Dazu kommt, dass sich zur Zeit eine Arbeitsgruppe Ihres Rates damit befasst, zu prüfen, ob eine ständige Baufachkommission eingesetzt werden soll. Auch hier wäre dann also ein gewisses Potential vorhanden.

Auch das vorgeschlagene Finanzierungsmodell hält der Stadtrat für wenig zweckmässig. Vielmehr könnte ein Realisierungsvorschlag mit der Ausarbeitung eines Leitbildes in Etappen einhergehen.

Zusammenfassung:

Wie Sie meinen Ausführungen entnehmen können, kann sich der Stadtrat zum Punkt 1 der Motion, also zum Anfertigen eines Leitbildes, positiv stellen. Dabei sind wir uns dessen bewusst, dass auch damit die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Eine Umsetzung und eine Attraktivierung des öffentlichen Raumes muss schrittweise erfolgen. Bereits die Oberflächengestaltung des Herrenackers bindet wesentliche Geldmittel, die Voraussetzungen für Verbesserungen von anderen Plätzen, wie vom "runden Tisch" gewünscht, sind noch nicht geschaffen. Zu beachten ist auch, dass sich ein Leitbild nur auf die Altstadt beschränken kann.

Namens des Stadtrates empfehle ich dem Motionär, seine Motion im angetönten Sinne abzuändern oder sie in eine Interpellation umzuwandeln."

**Jakob Deppe (FDP)** Sprecher der Fraktionsmehrheit der FDP \*

"Was macht man mit einem Vorstoss, dem eine gute Idee zu Grunde liegt, der aber aus der politisch falschen Ecke kommt?"

Man lehnt ihn ab!

Das war bis heute das gängige Muster, egal, ob der Vorstoss von rechts oder links kam.

Ich möchte heute zusammen mit anderen Ratsmitgliedern auf dieser Seite des Ratssaales mit dieser unseligen Tradition brechen und für den Vorstoss eine Lanze brechen, wenn auch mit Einschränkungen.

Die Idee, ein Leitbild für den öffentlichen Raum zu schaffen, findet die uneingeschränkte Zustimmung der Mehrheit auf unserer Ratsseite. Zwar gibt es diverse Vorschriften für dies und das. Ein Konzept liegt aber erstaunlicherweise nicht vor. Es gibt auch Kommissionen, die sich um diverse Belange im Ortsbild kümmern. Aber niemand hat den Auftrag, sich um den öffentlichen Raum und dessen Möblierung zu kümmern.

Dem Stadtrat den Auftrag zu erteilen, ein Leitbild für den öffentlichen Raum unserer Stadt zu erstellen, findet deshalb unsere Zustimmung.

Dass aber zusätzlich eine weitere Kommission, Arbeitsgruppe oder sonst ein Gremium geschaffen werden soll, da sind wir strikte dagegen. Es gibt genügend Kommissionen, Grüppchen oder Gremien, die diese Aufgabe übernehmen können. Sonst brauchen wir noch eine Kommission zur Koordination der Kommissionen.

Ein Finanzierungsmodell, wie gefordert, kommt für uns nicht in Frage. Jedenfalls nicht im heutigen Zeitpunkt. Wir möchten Schritt für Schritt vorgehen: erst ein Leitbild, dann wissen, wer für die Umsetzung zu sorgen hat und dann können wir, ja müssen wir auch über Kosten reden.

Wie Sie sehen, stehen wir der Motion Neukomm grundsätzlich positiv gegenüber. Aber bitte, alles Schritt für Schritt.

Die Mehrheit auf unserer Seite wird für die Motion Neukomm stimmen, wenn die Punkte 2 und 3 ersatzlos gestrichen werden.

Ich hoffe, der Motionär und die andere Ratsseite kann sich damit einverstanden erklären. Es wäre ein Schritt der Vernunft, ein Schritt, die eingangs erwähnte unselige Tradition wirklich zu durchbrechen. Die Aufgabe dieses Rates ist es, konstruktiv zusammen zu arbeiten und sich nicht in Grabenkämpfen zu üben, die sowieso nichts bringen. Es wäre die konsequente Weiterführung des Dialoges, wie sie bei der Motion Tanner begonnen hat und im nächsten Traktandum der heutigen Sitzung ebenfalls zum Tragen kommen sollte."

**Roland Schöttle (FDP)**

Sprecher der Fraktionsminderheit der FDP

"Nicht aus dem Grund, weil der Vorstoss von der falschen Ratsseite gekommen wäre, sondern aus grundsätzlichen Überlegungen spricht sich eine Minderheit unserer Fraktion gegen die Gesamtheit dieser Motion aus. Wir begeben uns mit dieser Motion in einen Widerspruch. Die Forderung nach dringlicher Förderung der Altstadt und der Stadt gesamthaft verlangt gestalterische Freiheiten. Die Kreativität muss gefördert werden, nicht Einschränkungen. Werbung und Präsentationen sind notwendige Mittel zum Zweck und bringen mit ihren Angeboten auch Leute und Leben in die Stadt. Soll denn auch hier nur in den Einkaufszentren die Freiheit bestehen, den potentiellen Kunden die Produkte in Freiheit zu präsentieren? Soll dem Einkaufszentrum Altstadt damit auch noch ein happiger Nachteil aufgezwungen werden? Solches wäre absoluter Widersinn.

Auswüchse sind immer punktuell und müssen auch punktuell eliminiert werden. Sie können nicht mit generellen Reglementierungen verhindert werden. Aber die Entwicklung kann mit immer mehr einschränkenden Regelungen verhindert werden. Wir aber brauchen dringend Entwicklung.

Ein Gemüsestand, ein Marronistand, ein Glacéstand, Strassen-Cafés verbessern die Attraktivität des Einkaufszentrums. Buntheit wird verlangt, z.B. bei den Werbeschildern. Nehmen Sie das neue Schaffhauser Buch, welches der Stadtpräsident im Museum so angepriesen hat. Schlagen Sie es auf und betrachten Sie das Foto, welches den Fronwagplatz so schön zeigt - die bunten Flecken der Werbeschilder. Oder wollen Sie den staatlichen Einheitsschild anstreben und die gleichgeschalteten Firmenauftritte? Werbeplakat-Ständer, Aktionsanpreisungs-Tafeln sollen der Käuferschaft die Vielfalt anpreisen und sie zum Kauf animieren. Kleiderständer vor den Geschäften zeigen das Angebot und animieren zum Stöbern, zum Anhalten und zum Kauf. Wir wollen den Markt in der Stadt und wir wollen auch eine Vielfalt des Marktes. Unser Einkaufszentrum Altstadt soll attraktiv sein, soll Leben zeigen und soll auch Farbe haben.

Wer bringt es übrigens auf einen Reim, dass sich die Verkaufsgeschäfte nicht individuell auch im Wettbewerb der Präsentationen zeigen dürfen und gleichzeitig munter um Werbeinserate in Vereinshefte und Sponsoringgelder für das Lindli-Schwimmen, Club 100-Beiträge, Club 83- und Club 50-Beiträge usw. gebettelt wird. Dann wird die Einstellung erwartet, dass Werbung etwas Gutes und Schönes ist und Erträge einbringt, um die Liquidität für solche Unterstützungsaktionen zu schaffen. Hier dürfen wir tatsächlich nicht zwiespältig werden, sondern müssen mit unserer Situation ehrlich sein.

Wenn ich Schaffhausen heute anschau, denke ich, dass die bisherige Praxis des Hoch- und Tiefbauamtes eine Linie hat; eine Linie, die nach werbetechnischen Gesichtspunkten sicher eher zu zurückhaltend und zu konservativ ist. Das sieht man in praktischen Fällen immer wieder. Nehmen wir z.B. die Gestaltung des öffentlichen Raums aus Sicht des Tiefbaus und aus Sicht des Hochbaus, wie sie Punkt 2 der Motion fordert. Heute sind wir mit der Praxis genügend abgedeckt. Nehmen Sie die laufende Gestaltung des Gebietes Obertor - Oberstadt/Neustadt aktuell im Tun - als Beispiel. Hier wird und wurde bereits gute, durchdachte und nützliche Gestaltung gemacht. Die Interessen aller VerkehrsteilnehmerInnen, der FussgängerInnen, der AnwohnerInnen und der FahrzeuglenkerInnen werden nach meiner Meinung und nach Meinung vieler Passanten optimal aufeinander abgestimmt. In diesen Bereichen müssen wir den Fachleuten, den planenden Ingenieurbüros und dem Tiefbauamt Raum lassen, um ihr Fachwissen in Abstimmung mit den Bedürfnissen der BenutzerInnen und AnwohnerInnen umzusetzen. Wofür haben wir eigentlich die Fachleute? Die kennen alle die Aspekte, die sie zu würdigen haben.

Soll nun tatsächlich nebst dem Kulturprozent, das immer wieder zu Diskussionen Anlass gibt, nun in der Forderung gemäss Punkt 3 noch ein Raumaufwertungs-Prozent geschaffen werden? Wie wollen wir das finanzieren? Seien wir doch dann bereit, gezielt Geld zu spenden, wenn konkrete Projekte vorliegen, weil ein aktuelles, definiertes Bedürfnis abgedeckt werden muss. Ich denke auch, dass die Forderung nach der Schaffung eines Leitbildes für die Gestaltung des öffentlichen Raums abgelehnt werden darf, weil man damit eigentlich unserer Verwaltung indirekt unterstellt, dass sie sich bis heute diesbezüglich planlos verhalten hätte. Dem ist nicht so. Sonst wäre ja unsere Stadt sowohl im Zentrum als auch in den Aussenquartieren nicht so schön, dass wir BewohnerInnen uns wohl fühlen und auch unsere Gäste in Schaffhausen von der schönen Stadt eigentlich nur schwärmen.

Ich empfehle Ihnen - und mit mir die Minderheit unserer Fraktion - diese Motion gesamthaft nicht zu überweisen."

**Theresia Derksen (CVP)** Votum

"Ich kann mich den Ausführungen von GrSR Deppe anschliessen. Ein Leitbild beinhaltet ja nicht einfach sture Vorschriften, aber es kann uns einen Weg aufzeigen, nicht zu einem einheitlichen, sondern zu einem optimalen und attraktiven Stadtbild. In einem Leitbild können die Grundsätze für die Gestaltung des öffentlichen Raums koordiniert werden. Hiefür brauchen wir nicht unbedingt eine Kommission einzusetzen. Ich denke, dass der SR in der Lage sein sollte, ein solches Leitbild auszuarbeiten.

Die CVP wird Punkt 1 dieser Motion zustimmen, nicht aber Punkt 2 und 3."

**Peter Käppler (SP)** Votum

"Es ist das gute Recht von Roland Schöttle, gegen diese Motion zu sein. Aber die Argumente, die er vorhin geliefert hat, zielen ein wenig an der Sache vorbei und unterstellen dem Motionär Thomas Neukomm von Grund auf schlechte Absichten. Es geht nicht um einen staatlichen Reglementarismus, um einheitliche Marroni-Häuschen, sondern es geht darum, dass wir die Gestaltung des öffentlichen Raums grundsätzlich überlegen. Dieser Raum besteht nicht nur in der Altstadt, er besteht auch in den Quartieren. Bezüglich der Plakatständer wurde von unserer Seite kein Ruf laut nach einem Verbot derselben. Aber man kann sich überlegen, ob sie so angeordnet sein sollen, dass die Passanten ohne Probleme daran vorbei kommen. Wir wollen auch nicht, dass unsere Stadt zum Micky Mouse-Stil verkommt. Wenn man grundsätzliche Überlegungen hinsichtlich der Gestaltung anstellt, ist das nicht schlecht. Es wird kaum jemand in dieser Stadt auf die Idee kommen, zu fordern, dass alle Sonnenschirme gleich sein müssen. Ich bitte Sie, diese Gedanken mit einzubeziehen. Die Fachleute werden nicht arbeitslos, Roland Schöttle, denn die Aufgabe, ein solches Leitbild auszuarbeiten, ist Sache der Fachleute der Stadt."

**Bernhard Egli (OeBS)** Votum

"Ich habe im Gegensatz zu Roland Schöttle die Gestaltungs-Rahmenbedingungen des Tiefbauamtes und des Hochbauamtes noch nicht gesehen; diese vermisse ich. Als Beispiel: Meine Motion, den Güterhof aus dem Dornröschenschlaf zu erwecken und weitere Aufwertungen dem Rhein entlang zu prüfen, wurde im März 1998 einstimmig überwiesen. Wenn man nun schaut, was gestalterisch dort verbrochen worden ist, frage ich mich im Nachhinein, ob man eine überwiesene Motion wieder zurück ziehen könnte.

Der Bedarf eines Leitbildes - ich empfinde dieses nicht als rein reglementarisch, sondern auch als anregend - ist unbestritten. Wir brauchen einen Rahmen.

Bezüglich Vorgehen, kann ich mich dem Votum von Jakob Deppe anschliessen. Es ist besser, wenn wir Punkt 1 als Auftrag überweisen und dann aufgrund eines Berichtes und Antrages des SR die weiteren Schritte beraten (Umsetzung, finanz. Rahmen)." Der Votant regt an, das Leitbild nicht zu detailliert zu erstellen, sondern bestimmte Plätze oder Strassen dann konkreter anzugehen, wenn deren gestalterische Umsetzung tatsächlich ansteht. Er befürchtet ansonsten einen Allgemeinplatz, den man in der Realität nicht anwenden kann.

Ich möchte anregen, der Motion zuzustimmen und zwar vorerst dem 1. Punkt, und die übrigen Punkte nötigenfalls wieder mit einer Motion zu einem späteren Zeitpunkt einzubringen."

**Alfred Zollinger (SVP)** Fraktionserklärung SVP/EDU

Der Votant ist der Auffassung, dass die Motion nicht überwiesen werden soll. ... "Das kann es nicht sein. Lassen wir die Individualität. Mit Reglementierung, Auflagen und Vereinheitlichung wird jede Eigeninitiative unterbunden. Lassen wir doch unsere Stadt leben. Wir haben Projekte - Herrenacker, Landhuus, Brückenkopf usw. - wo wir dies einfließen lassen können. In unserer relativ kleinen Stadt kann das auch so gelöst werden. Ich bin ganz klar der Auffassung, dass das, was in der Breite schön ist, im Niklausen-Quartier anders aussieht. Deshalb ist die Motion nicht notwendig. Ich hoffe, dass der Motionär die Motion in eine Interpellation umwandelt. Damit könnte die Mehrheit der SVP-Fraktion leben. Aber die Motion können wir nicht unterstützen."

**Peter Neukomm, 1. Vizepräsident**

"Es freut mich, dass auf der rechten Ratsseite mit Traditionen gebrochen worden ist, die überholt sind. Ich selber kenne diese Traditionen nicht. Aber Spass beiseite, ich glaube, da sind noch viele Missverständnisse über den Sinn eines solchen Leitbildes bei den Gegnern vorhanden, die es auszuräumen gilt. Offensichtlich gibt es diesbezügliche Defizite - da hat auch Bernhard Egli zu Recht darauf hingewiesen. Das ist die eine Feststellung, welche die Motionäre dazu veranlasst hat, die Motion mit zu unterzeichnen. Andererseits haben wir grosse Entwicklungen im baulichen Bereich im öffentlichen Raum dieser Stadt vor uns. Ein Leitbild soll nicht - wie das Alfred Zollinger irrtümlich meint - Individualität und Entwicklung unterbinden, im Gegenteil, ein Leitbild soll einfach die Kohärenz von gestalterischen Massnahmen im öffentlichen Raum gewährleisten. Man will, dass das Erscheinungsbild von aussen als Ganzes "eine Falle macht" und nicht einem Patchwork gleicht. Es geht nicht darum, Roland Schöttle, Farbe in die Stadt zu bringen um der Farbe willen. Man soll das wirklich als Ganzes anschauen.

Wenn man der Stadt Bern heute unterstellen wollte, sie lebe nicht und die Individualität sei durch dieses Konzept abgeklemmt worden, dann wurde dieses Konzept heute von den Gegnern wirklich falsch verstanden. Es geht um die Optimierung des Einsatzes öffentlicher Gelder, aber auch privater Gelder bei der Gestaltung des öffentlichen Raums, und es geht darum, Ziele aufzuzeigen. Die Verwaltung, die damit beschäftigt ist, soll sich mit diesen Zielen auseinandersetzen, damit auch ein Bewusstsein, eine Sensibilität für dieses Erscheinungsbild geschaffen wird.

Ich bin froh, dass dieses Leitbild Ihre Zustimmung gefunden hat. Es ist wichtig, dass in der Verwaltung, die mit diesem Leitbild zu arbeiten hat, auch eine Erfolgskontrolle passiert. Darum sind die organisatorischen Vorkehrungen im Rahmen der Neuorganisation des Baureferates hier sicher eine Chance. Ich denke, dass die Motionäre hier mit einer Umwandlung der Ziffern 2 und 3 dieser Motion einverstanden sein können - ich möchte hier nicht vorgreifen -, wenn der Stadtrat und insbes. der Baureferent heute die Zusicherung zu Protokoll geben, dass entsprechende Erfolgskontrollen durch organisatorische Massnahmen sichergestellt werden können.

Es ist wichtig, dass wir heute nicht zu einem Papiertiger Ja sagen, sondern dass wir nachher in Pflicht genommen werden können, wenn finanzielle Konsequenzen daraus hervor gehen. Darum freut es mich, dass nicht nur das Leitbild als Papier sondern auch die Idee, die dahinter steht, von den Befürwortern der Motion heute in den Raum gestellt wurde."

Ich empfehle Ihnen, dieser Motion zuzustimmen. Es wird sicher noch Bewegung in die Sache kommen und ein Text gefunden werden, der erfolgreich bestehen wird."

**Max Zimmermann (parteilos)**                      Votum

"Die Motion hat mich ein Stück weit überrascht und zwar nicht, weil sie von der linken Seite kommt, sondern grundsätzlich. Es ist auf ein Berner Modell hingewiesen worden. Ich könnte jetzt boshaft sein und sagen, ja, wer die Berner Verhältnisse kennt, weiss, weshalb so etwas entstanden ist.

Das ist aber nicht die Meinung. Ich frage mich einfach, was ein Bürger oder eine Bürgerin versteht, wenn wir so etwas diskutieren: Leitbild für den öffentlichen Raum. Und wenn jetzt schon bereits gesagt wird, wir müssen dann auch dazu stehen, wenn die Sache etwas kostet, da habe ich Bedenken.

Ich sehe schon, dass man das eine oder andere tun könnte. Aber es würde genügen, wenn dieser Vorstoss, der als Motion eingereicht worden ist, als Interpellation stehen bleibt. Es gehört m.E. zur Aufgabe der zuständigen Stadtratsmitglieder und der involvierten Institutionen, dass intern eine Koordination vorhanden ist und das Ziel, das Herr Neukomm anstrebt, verwirklicht wird, ohne wieder eine zusätzliche Kommission ins Leben zu rufen.

Ich sehe das Anliegen der Motionäre, aber ich sehe nicht ein, weshalb unsere vorhandenen Institutionen das nicht lösen sollen und man hier speziell nachstossen muss. Das finde ich falsch.

Ich kann diese Motion beim besten Willen nicht unterstützen. Das hängt nicht damit zusammen, dass sie von Thomas Neukomm kommt. Auch wenn sie von der bürgerlichen Seite gekommen wäre, hätte ich sie nicht unterstützen können."

**Stadtrat K. Schönberger**

"Zu zwei Begriffen möchte ich noch etwas sagen. Herr Thomas Neukomm hat von Hausfrauen-Urbanismus gesprochen - ein Blumentopf da, ein Blumentopf dort und Herr Egli hat von einem gestalterischen Verbrechen im Zusammenhang mit seiner Motion "Güterhof im Dornröschenschlaf" gesprochen.

Wir betreiben weder Hausfrauen-Urbanismus noch verbrechen wir etwas an der Schifflande. Es stimmt natürlich, dass an der Bahnhofstrasse nicht alles so gelaufen ist, wie man das von Anfang hätte machen sollen. Wir haben jetzt aber miteinander gesprochen im Zusammenhang mit der Entwicklung am Brückenkopf. Das habe ich verschiedentlich schon angekündigt. Wir haben diesen Teil der Motion von Bernhard Egli noch zu erfüllen. Herr Egli, in der Politik braucht es Geduld. Das wissen Sie ja. Wir haben drei Jahre Zeit, um eine Motion zu erfüllen. Ich will diese 3 Jahre nicht ausreizen. Es besteht ein Bericht und Antrag über die Entwicklung am Rhein, speziell am Brückenkopf, an der Moserstrasse usw. - im Grunde genommen von Büsingen bis zum EW. Dieser Bericht und Antrag kommt demnächst dem SR auf den Tisch und dann zu Ihnen ins Parlament. Sie werden sehen, was wir da ausgebrütet haben.

Ich bin natürlich dankbar und es freut mich, wenn ich auf der einen Seite höre, Hochbauamt und Tiefbauamt hätten eine konsequente Linie, auf der anderen Seite sagt man dann wieder, man vermisse eigentlich diese konsequente Linie. Irgendwo sind wir also in der Mitte, und wenn wir in der Mitte sind, dann machen wir das noch relativ gut.

Vielleicht ist auch der Begriff Leitbild etwas abgegriffen. Es wäre vielleicht zutreffender, von einem Gestaltungsplan oder von Gestaltungsrichtlinien allenfalls zu sprechen. Wir nehmen das mit Bezug auf das neue Modell auf. Das neue Modell wird ein Schwergewicht auf die Stadtplanung und Stadtentwicklung legen. Dazu gehört auch die Gestaltung des öffentlichen Raums. Dieses Anliegen liegt auch uns sehr am Herzen, dahinter stehen wir. Daher habe ich Ihnen signalisiert, dass auch der SR bereit ist, den 1. Punkt dieser Motion entgegen zu nehmen.

Herr Zimmermann hat mir aus dem Herzen gesprochen. Das ist eine Sache, die in den Vollzug des SR gehört. Gerade um diese Frage kämpfen wir ja immer wieder, indem wir Ihnen vorwerfen, Sie spielten "Stadträtli", Sie würden zu sehr in die Vollzugsaufgaben des SR hineingreifen.

Herr Peter Neukomm hat von der Erfolgskontrolle gesprochen, dass ich dazu die Zusicherung geben solle. Wenn ein Leitbild besteht, dann sind die Resultate messbar, es kommen die entsprechenden Begehrlichkeiten über das Budget usw. Wir haben eine Vorstellung über die Entwicklung. Gerade am Beispiel Brückenkopf werden Sie dies demnächst feststellen, ebenso dann auch hinsichtlich der Gestaltung Herrenacker, Zentrum Landhuus usw. Wir ziehen uns nicht ins stille Kämmerlein zurück, sondern wir planen offen unter Einbezug des Parlamentes und einer breiteren Öffentlichkeit, so dass wir gemeinsam diesen städtischen Raum gestalten können."

**Roland Schöttle (FDP)**                      Votum

"Es ist mir ein Anliegen, zwischen den Begriffen Leitbild und Gestaltungsplan eine Differenz zu machen. Es wäre völlig falsch, wenn für die ganze Stadt Schaffhausen ein Gestaltungsplan angelegt würde, denn genau solche Detailplanungen im Bereich Rheinufer oder sonst irgendwo müssen planerisch definiert werden. Das Leitbild ist eine verbale und nicht eine gezeichnete Erklärung. Das möchte ich differenzieren."

**Thomas Neukomm (SP)**                      Motionär

"Ich finde das Wort Leitbild nicht abgegriffen. Es werden Bilder gesucht, wie man auf gewisse Situationen reagieren kann. Es werden Absichten formuliert, auch mit Bildern dokumentiert. Man wird da nicht so konkret, wie gewisse Leute offensichtlich befürchten. Es werden da keine Vorschriften gemacht oder Freiheiten entzogen. Man versucht, das Ganze zu umschreiben, Leitplanken zu setzen und Spielregeln zu entwickeln, welche von Situation zu Situation formuliert werden können. Um eine Qualität zu erreichen, müssen gewisse Spielregeln vorhanden sein. Man hat langsam das Gefühl, dass die bisherigen Spielregeln in der Stadt immer mehr aufgeweicht werden. Es braucht auch neue Spielregeln, weil sehr vieles im Kommen ist, was den öffentlichen Raum betrifft.

Mit der Umwandlung dieser Motion bin ich soweit einverstanden, dass wir den Punkt 1 belassen. Das wäre schon ein schöner Schritt in die richtige Richtung, damit wir ein Bewusstsein schaffen für den Aussenraum und auch für das Alltägliche,

Nebensächliche Lösungen suchen. Schade ist, dass man nicht gleich auch sagt, für diese kleinen Sachen stellt man quasi symbolisch etwas zur Verfügung.

Es interessiert mich, was herauskommt. Wenn das Leitbild da ist, kann man über weitere Schritte befinden."

Der Motionär erwartet - wie in der Motion formuliert - Bericht und Antrag des SR, auch wenn die Punkte 2 und 3 der Motion nun ersatzlos gestrichen werden. Ihn würde noch der Zeithorizont für die Ausarbeitung des Leitbildes interessieren.

**Stadtrat Kurt Schönberger** verweist den Motionär auf die GO des GrSR, wonach dem Stadtrat eine Frist von max. drei Jahren für die Ausarbeitung eines Berichtes und Antrages an das Parlament zusteht. Er verspricht dem Motionär, die Sache anzugehen, allerdings nicht mit allererster Priorität, weil noch andere Sachen anstehen.

**Jakob Deppe (FDP)** Votum

"Ich habe schon vorhin gesagt, Punkt 2 und 3 ersatzlos streichen. Herr Neukomm, in Ihrem Motionstext steht ... Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen. Was wollen wir da etwas Kompliziertes gebären? Es geht sehr einfach: Punkt 2 und 3 streichen, Ende - Abstimmung."

Der Motionär ist mit diesem Prozedere einverstanden.

### **ABSTIMMUNG**

Der Grosse Stadtrat beschliesst mit **26 : 16 Stimmen**, die abgeänderte Motion wie folgt zu überweisen:

*Der Stadtrat wird beauftragt, ein Leitbild für den öffentlichen Raum unserer Stadt zu erstellen und darüber Bericht und Antrag zu erstatten.*

(Die Punkte 2 und 3 der Motion werden ersatzlos gestrichen).

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 2 VdSR vom 21. Sep. 1999 - Zentrum Landhuus -  
Projekt.kredit Bushof  
bzw. Vorlage der SPK vom 8. Mai 2000 - Vorgehenskonzept  
Projekt "Landhuus / Bushof"**

---

### **EINTRETENSDEBATTE**

Diese Vorlage wurde in einer 13er-SPK vorberaten.

**Peter Käppler (SP)** Präsident SPK \*

"Die Spezialkommission "Zentrum Landhuus; Projektierungskredit für den Bushof" hat die Vorlage des Stadtrates vom 21. September 1999 in fünf ordentlichen Sitzungen beraten. Seit der Rücknahme des Geschäftes in die Kommission am

22.2.2000 wurde also noch zweimal getagt und eine neue Vorlage ausgearbeitet, die Ihnen vor einer Woche zugeschickt wurde.

Gegenstand der heutigen Verhandlung wird also die neue Vorlage sein, gestatten Sie mir aber, einleitend den Werdegang der Planungen im Bereich Zentrum Landhaus zu beleuchten, bevor ich Ihnen von den Ergebnissen der Kommissionsarbeit berichte und die neue Vorlage vorstelle.

Unsere Altstadt ist durch natürliche Grenzen wie den Rhein und Hanglagen eingeeengt. Erweiterungsmöglichkeiten für Bauten, die zwar eine Zentrumsnähe brauchen, aber auf Grund ihres Bauvolumens nicht in die Altstadt passen, gibt es ausserhalb unserer Altstadt nur wenige. Namentlich sind es drei Gebiete, die dafür in Frage kommen: Die Mühlenen, der Bereich Brühlmann-Areal-Central und eben das Gebiet westlich des Bahnhofes, welches heute zur Debatte steht. In diesem Bereich stehen die grössten Flächen zur Verfügung und wohl auch die am schnellsten realisierbaren.

Die Überbauung dieses Gebietes entspricht einer Tradition, denken Sie nur an die Lagerhallen der GVS oder an das Spital, welches früher in diesem Areal bestanden hat. Nach vielen erfolgten Abbrüchen ist einzig noch die Zeile Hintersteig übrig geblieben. Es ist darum eher ungewöhnlich, dass hier an dieser Lage eine so grosse unbebaute Fläche besteht. Und es war ja auch nie die Absicht, dass es so lange dabei bleiben würde.

So wurde 1987 ein Ideenwettbewerb für die Planung im Bereich "Bahnhof – West" durchgeführt. An der Nutzung des Gebietes waren damals noch mehr Partner interessiert als heute, dementsprechend grösser waren die entsprechenden Gebäudevolumen ausgelegt.

Mittlerweile hat die Post aber kein Bedürfnis mehr für ein Postverteilzentrum, die Bahnen SBB/DB benötigen keinen zusätzlichen Perron mehr und die AMAG hat ihren Umbau am bisherigen Standort abgeschlossen. Nachdem mit dem Ausstieg des grössten Partners, der PTT, quasi der Hauptauftrag- und Geldgeber der Planung Bahnhof West fehlte, wurde diese Planung 1992 auf's Eis gelegt.

Somit sind als feste Nutzflächen nur noch der Bushof für die Überlandbusse und Parkplätze übrig geblieben. Weil es für diese Nutzungen nicht unbedingt Hochbauten braucht, sind dafür im Verlaufe der Jahre provisorische Lösungen gefunden worden. So wurde das Provisorium Bushof ein bisschen BenutzerInnen freundlicher gemacht, eine Park & Ride Anlage eingerichtet und nach dem Abbruch des Landhauses erweitert. Ebenso sind zusätzliche Parkierungsgelegenheiten im Bereich der ehemaligen Rollschemelanlage der +GF+ gebaut worden.

Neuen Schwung bekam die Planung mit dem 1997 veröffentlichten Schlussbericht der Projektgruppe Wirtschaftsentwicklung der Region Schaffhausen (WERS). Im Teilprojekt Reisezentrum Bahnhof wurden verschiedene Forderungen aufgestellt, darunter jene, die ein Nutzungskonzept für das Gebiet Landhaus, Bushof und Diana verlangte.

Am 12. November 1996 beantragte der Stadtrat einen Planungskredit in der Höhe von Fr. 200'000.- für das Gebiet hinter dem Bahnhof. Am 6. Mai 1997 übernahm der Stadtrat viele Forderungen aus dem Schlussbericht der WERS und setzte eine Projektgruppe mit dem Vorsitz von Stadtbaumeister U. Witzig ein. Dieser Gruppe gehörten neben Fachleuten aus der Verwaltung auch Vertreter aus Wirtschaft und Gewerbe an.

Für ihre Arbeit zogen sie das Büro Hesse & Schwarze bei. Im Arbeitsprogramm definierten sie die Forderungen für eine definitive Lösung des Bushofes, sowie für Parkierungsanlagen für die Altstadt und Park & Ride. Sie beschlossen, statt der städtebaulichen Grossform, wie sie im Wettbewerb 1987 noch vorrangig war, eine Überbauung in etappierbaren Teilbereichen zu ermöglichen.

Der Stadtrat entschied, für die Weiterentwicklung des Projektes eine Testplanung durchzuführen. Mit der Planung wurden zwei Planungsteams im Direktauftrag bestellt. Die begleitende Projektgruppe, zusammengesetzt aus Experten, Vertretern der Verwaltung, der Wirtschaft und der SBB, war in die Planungsschritte involviert und in deren Umsetzung einbezogen.

Aus dieser Planung resultierten folgende Ergebnisse:

Für den Bushof wurde die notwendige Grösse, Lage und die notwendige Erschliessung definiert. Damit eine schrittweise Bebauung möglich wird, ist das Gebiet in 5 Areale unterteilt worden.

1. Das Kiefer-Areal, beinhaltend den Bereich der Garage Kiefer und der Überbauung Rosenau im südlichen Teil des Gebietes. Dieses Gebiet ist im Besitz der Familie Kiefer.
2. Das Bushof-Areal mit dem heute bestehenden Landhaus-Parkplatz, der Zeile Hintersteig und dem südwestlichen Teil des Bushofes bis zum Kreisel Mühlental. Dieses Planungsfeld ist im Besitze von SBB und Stadt Schaffhausen.
3. Das Bleiche-Areal, beinhaltend den restlichen Teil des Bushofes und den Parkplatz vor dem BBZ; es gehört ganz der Stadt Schaffhausen.
4. Das Areal Diana zwischen Mühlentalstrasse und AMAG , das im Besitze der PTT ist.
5. Zudem wurde noch das bereits überbaute Areal Durachweg bezeichnet, weil es zum Planungsfeld gehört und bei einer Zonenplanänderung auch für dieses Gebiet, das ganz im Besitz von Privaten ist, andere Baulinien vorgesehen werden können.

Es wurden die Anforderungen für die Erschliessung der Hintersteig festgelegt und auch die Konkretisierung der Nutzung, der Bebauungsmöglichkeiten und der Gestaltung der Areale vorangetrieben.

Diese Testplanung erfolgte in der Zeit von Mitte 1997 bis Mitte 1999.

Ein Rahmenplan für das ganze Gebiet wurde festgelegt. In diesem Plan enthalten sind Ziele und Vorstellungen der städtebaulichen Entwicklung, die Nutzungen und die Erschliessung der Teilbereiche. Eine Grunderkenntnis daraus war, dass erst - wenn die definitive Lage des Bushofes geklärt ist - die weitere Planung detailliert erfolgen kann.

In der Testplanung wurden folgende Rahmenbedingungen festgelegt:

- Kein Abbruch der Zeile Hintersteig
- Eine möglichst grosse bebaubare Fläche im Areal Bleiche
- Der Platzbedarf für den Bushof wurde auf Grund der tatsächlichen Frequenzen und Bedürfnisse berechnet.

Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte entschieden sich beide Planungsteams für einen Bushof in Längsform. Aus diesen Ergebnissen resultierte dann die Vorlage des Stadtrates für die Genehmigung eines Projektierungskredites für das Areal Bushof.

Hier setzte nun die Arbeit unserer Spezialkommission ein.  
Gestatten Sie mir dazu noch eine Vorbemerkung.

Der Einstieg in die Kommissionsarbeit war nicht gerade einfach. Dazu trugen verschiedene Umstände bei:

Kurz vor der ersten Kommissionssitzung führte das Baureferat eine öffentliche Orientierungsversammlung durch. Nebenbei erwähnt sei, dass alle Kommissionsmitglieder an dieser Versammlung teilnahmen. An dieser relativ einseitig zusammengesetzten Versammlung wehte dem Stadtrat ein "rauer Wind" entgegen, wie es die Presse vermeldete. Schwergewicht der Forderungen gegen die vom Stadtrat vorgeschlagene Projektierung war, sofort Parkplätze zu bauen.

Hinzu kam eine Projektidee für ein oberirdisches Parkhaus im Bereich der heutigen Park & Ride-Anlage. Dieses Projekt der Herren Rühli und Quiblier ist zwar von niemandem bestellt worden, deren Initianten haben dafür äusserst stark lobbied und das offizielle Projekt des Stadtrates zum Teil mit unlauteren Mitteln diskreditiert.

Die Kommissionsarbeit stand also von Beginn weg unter einem Druck von aussen und vor allem auch unter einer ungewohnt starken Beachtung der Medien.

Erfreulicherweise hat sich dies nicht allzu stark auf die Kommissionsarbeit ausgewirkt. Ich möchte den Kommissionsmitgliedern für die sachliche und faire Arbeit innerhalb der Kommission danken. Auch wenn Meinungsunterschiede bestanden, wurde sachbezogen argumentiert.

An der ersten Sitzung wurde uns von Herrn Stadtrat Schönberger sowie von Stadtbaumeister Ueli Witzig und Stadtingenieur Hansjörg Müller die Vorlage erläutert. Die Kommission beschloss mit 8 : 0 Stimmen - bei 5 Enthaltungen - Eintreten auf die Vorlage. Eine Rückweisung an den Stadtrat wurde nicht in Erwägung gezogen. Der Beschluss auf Eintreten bedeutete aber nicht, dass innerhalb der Kommission nicht über die Lage des Bushofes hätte diskutiert werden sollen. Vielmehr wollte die Kommission den mit einer Rückweisung verbundenen Zeitverlust nicht riskieren. Die Gründe für die Stimmenthaltungen waren unterschiedlich. So das Nichtgefallen der Längsausrichtung des Bushofes, das Fehlen oberirdischer Parkplätze, aber auch die Präferenz für das private Parkhausprojekt. Es war aber keine grundsätzliche Kritik am Ziel, das Areal besser zu nutzen, oder am Vorgehen des Stadtrates und der erfolgten Planung vorhanden.

An der zweiten und dritten Sitzung setzten wir uns mit den Fachleuten über eine mögliche andere Gestaltung des Bushofes auseinander. Diskutiert wurden Sägezahnlösungen, eine Verlegung des Bushofes auf die Bahnhofstrasse, die Benutzerfreundlichkeit und Funktionalität des Bushofes, die Anbindung der Carparkplätze usw.. Auch wurde der Grundsatz, ob die Zeile Hintersteig zu belassen sei, andiskutiert. Viele Fragen konnten aber nicht geklärt werden, weil es ja der Sinn des Projektierungskredites gewesen wäre, die notwendige Tiefe zu entwickeln und die Antworten zu liefern. Die Diskussion war aber wertvoll, weil sie als Fragenkatalog in die Projektierungsphase Einfluss nehmen sollte.

Die Kommission liess sich über das Projekt Rühli/Quiblier informieren. Dieses ist in der Kommission auf keine Gegenliebe gestossen und wurde nicht als Alternative in Erwägung gezogen. Zudem wurden wir über Gespräche, welche der Stadtrat mit VertreterInnen von Pro City, Car- und Postautohaltern geführt hatte, orientiert.

Schlussendlich beschloss die Kommission mit 7 Ja, 1 Nein und 3 Enthaltungen Überweisung der Vorlage an den Grossen Stadtrat. Zwei Mitglieder waren an dieser Sitzung entschuldigt.

Die Kommissionsmehrheit war damals der Meinung, dass unter den bestehenden Rahmenbedingungen die beste Lösung gefunden wurde. Sie stellte sich hinter das Vorgehen des Stadtrates, das Areal Bleiche für eine Überbauung frei zu bekommen und erachtete die getroffene Lösung als städtebaulich sinnvoll und die Anordnung des Bushofes als BenutzerInnen freundlich.

Das Nein stimmende Kommissionsmitglied wollte erst die Genehmigung des Parkhauses Herrenacker abwarten, bevor es die Vorgehensweise im Bereich Landhuus akzeptieren könne.

Die sich der Stimme enthaltenden Kommissionsmitglieder konnten sich nicht festlegen, weil sie erst mehr Details geklärt haben wollten oder ihnen das Projekt nicht gefiel, jedoch keine Alternativen zum geplanten Vorgehen sahen.

Trotz dieses Abstimmungsergebnisses waren wir überzeugt, im Grossen Stadtrat eine klare Mehrheit für das Vorgehen zu finden. Es war vorgesehen, nach dem Beschluss des Parlamentes die Öffentlichkeitsarbeit zu verstärken, um die Bevölkerung vom Sinn des Vorgehens zu überzeugen.

Nachdem aus den bürgerlichen Fraktionen deutliche Signale kamen, dass sie zum momentanen Zeitpunkt die Vorlage mehrheitlich nicht unterstützen würden, entschied sich die Kommission, die Vorlage noch einmal zur Beratung zurück zu nehmen.

Vielleicht hätte der Projektierungskredit eine Mehrheit im Parlament gefunden. Die Kommissionsmitglieder waren jedoch einheitlich der Meinung, dass es der Sache dienlicher ist, die Vorlage erst dann in das Parlament zu bringen, wenn eine Lösung bereit steht, welche auf die breite Abstützung im Parlament zählen kann. Ohne diese Abstützung wäre die Gefahr einer Blockierung nach der Planungsphase, also gerade im entscheidenden Moment, mit Verzögerungen für das Gesamtprojekt zu gross. Investoren können nur dann überzeugt werden, in Schaffhausen zu investieren, wenn ihnen verbindliche Rahmenbedingungen gemacht werden können.

Zwar wurde dieses Vorgehen mit einiger Häme von der Presse verfolgt, es war von Ehrenrunde und mangelnder Streitlust die Rede. Ich erachte dieses Vorgehen aber als Qualität dieser Kommission. Denn streiten ist einfach, einen Konsens zu finden schwieriger und braucht mehr Energie. Von der Politik werden Lösungen erwartet, und dass wir in diesem Geschäft die Sache vor die eigenen Interessen gestellt hatten, zeigt, dass die Kommission gewillt war, ihre Verantwortung wahrzunehmen.

Wir haben damals erklärt, dass die Spezialkommission nach wie vor hinter der Planung "Zentrum Landhuus" steht und es unser Ziel ist, die Verhandlungen vor den Sommerferien abzuschliessen.

Es galt nun im weiteren Vorgehen herauszufinden, welches die Gründe für die anhaltende Opposition gegen die ursprüngliche Vorlage waren. Dazu luden wir Vertreter der Verkehrsverbände ein. Des weiteren erwarteten wir von den bürgerlichen Kommissionsmitgliedern die noch zu klärenden Fragestellungen. Diese wurden uns vorgelegt und beinhalteten im wesentlichen die Fragen nach dem Belassen der Zeile Hintersteig, der Lage des Bushofes und dem Bau von oberirdischen Parkplätzen.

Wir mussten feststellen, dass mit den Rahmenbedingungen, wie sie in der Testplanung fixiert wurden, eine andere Lage für den Bushof nicht möglich ist. Für eine andere Positionierung des Bushofes müsste die Zeile Hintersteig geschliffen werden, womit wiederum einige Kommissionsmitglieder nicht einverstanden waren. Kommt der Bushof an die geplante Stelle, befürchten namentlich ACS und TCS einen schlechteren Verkehrsfluss in der Spitalstrasse, und wird er weiter nach hinten oder unter Tag verlegt, sind die Verfechter einer guten Lösung für die BenutzerInnen des öffentlichen Verkehrs skeptisch. Sie sehen, die Kommissionsarbeit ist stehen geblieben oder drehte sich gewissermassen im Kreis.

Zwar standen alle Kommissionsmitglieder hinter dem Grundsatz, dass eine Entwicklung dieses Gebietes wichtig und dringlich ist. Die Lage war aber blockiert und fern jeder Lösung, zu viel hatte sich an den Details des Bushofes aufgehängt und das Ziel drohte aus den Augen zu geraten. Es wurde immer nur vom Bushof gesprochen, zu wenig vom Zentrum Landhuus. Die Diskussion drehte sich übrigens auch in der Öffentlichkeit nie um das eigentliche Ziel der Planung, der Schaffung eines neuen urbanen Quartiers, sondern um Bushaltestellen und ein privates Parkhausprojekt.

Zwischen der vierten und fünften Kommissionssitzung bestand dann ein Monat Zeit, welche das Bauamt nutzte, um Antworten auf unsere Fragen zu finden, aber auch um die Wirtschaftsförderung einzubeziehen.

Herr Holenstein und sein Team - mit reichlicher Erfahrung, in schwierigen Situationen die richtige Methodik anzuwenden - hatte einen Vorschlag in die Kommission eingebracht, hinter dem die ganze Kommission steht und als die Chance sieht, die Lösungsfindung voran zu treiben. Diese Vorschläge sind denn auch die Basis der Vorlage der SPK "Vorgehenskonzept Projekt "Landhuus/Bushof", welche die ursprüngliche Vorlage ersetzt und somit heute zum Beschluss steht.

Die SPK hat dieses Vorgehenskonzept an seiner fünften Sitzung diskutiert und einstimmig, bei einer Abwesenheit, verabschiedet.

Die Spezialkommission ist überzeugt, dass mit der gewählten Vorgehensweise die Chance besteht, der weiteren Projektierung im Gebiet Zentrum Landhuus schnellst möglich zum Durchbruch zu helfen und dabei den geforderten Konsens zu erzielen.

Der Stadtrat hat ebenso beschlossen, von seiner Vorlage abzuweichen und sich derjenigen der Kommission anzuschliessen.

Sie haben diese Vorlage rechtzeitig zugestellt erhalten, ich werde mich beim Erläutern der Vorlage also auf die wesentlichsten Punkte beschränken.

Zuallererst möchte mich bei unserer Ratspräsidentin für die falsche Anrede in der Vorlage entschuldigen. Ich hoffe, dass dies in ihrem Amtsjahr nicht noch einmal passiert.

Einleitend wird die Bedeutung des Gebietes Landhuus/Bushof für unsere Stadt und Region festgehalten. Es soll uns vor Augen führen, dass es sich hier um ein Juwel handelt, dessen Potential es zu nutzen gilt. Bei richtiger Nutzung wird es eine grosse Bedeutung für die Wirtschaftsentwicklung der Region spielen.

Vor allem für die Ansiedlung von fortschrittlichen Firmen des Dienstleistungssektors sind grössere Einheiten an modernen Büroflächen gesucht, welche sich an einer verkehrstechnisch sehr guten Lage befinden müssen.

Nach verschiedenen erfolgreichen Ansiedlungen - vorab im Neuhauser Eurohaus - sind solche Flächen in unserer Region rar geworden.

Neben Rahmenbedingungen, die wir bereits erfüllen, wie die Nähe zum Flughafen und zur Stadt Zürich, die gute Verkehrsanbindung an Deutschland, und attraktiven steuerlichen Rahmenbedingungen für juristische Personen ist ein attraktives Immobilienangebot äusserst wichtig.

Das Areal Landhaus/Bushof erlaubt, je nach Ausnutzung und Art der Planung, neben Nutzungen für den Bushof, Parkieranlagen für Park & Ride, für AltstadtkundInnen und für den Eigenbedarf, auch Wohnbauten, aber vor allem die Errichtung von schätzungsweise knapp 20'000 m<sup>2</sup> Büroflächen modernsten Zuschnitts an bester Lage. Diese Flächen wiederum würden es erlauben, rund 1'000 neue Arbeitsplätze auf diesem Areal zu schaffen. Diese Arbeitsplätze brächten eine Stimulierung der Konsumnachfrage im Bereich der Altstadt, zusätzliche Steuereinnahmen und hätten eine „Motor-Funktion“ für die kantonale Wirtschaftsentwicklung.

Die Voraussetzung zur Erreichung dieses Zieles ist, dass die Stadt Schaffhausen das Gebiet Landhaus/Bushof als *die* grosse Chance versteht und mittels Gestaltung der Rahmenbedingungen eine aktive Raumpolitik betreibt.

Um diese Ziele zu erreichen, muss möglichst schnell gehandelt werden. Noch in diesem Jahr soll ein Konsens betreffend den drei Kernfragen *Arealnutzung*, *Parking* und *Bushof-Funktion* erzielt werden, damit eine Realisierung erster Etappen auf das Jahr 2002 möglich wird.

Damit dieses Ziel erreicht wird, ist ein neuer Planungsprozess nötig, in den möglichst alle politischen Kräfte und InteressenvertreterInnen einbezogen sind und gemeinsam an einer Lösung arbeiten.

Die Aufgaben sind:

- Erarbeitung alternativer konzeptioneller Vorschläge bezüglich der Anordnung von Bushof, Parking und Nutzflächen
- Überprüfung und Anpassung des Rahmenplans
- Schaffung der Voraussetzungen politischer bzw. rechtlicher Art und der Planungssicherheit für Investoren
- Kontakte mit möglichen Investoren und Betreibern von Wohn- und Bürobauten sowie des Parking
- Die Öffentlichkeitsarbeit

Zur Umsetzung dieser Ziele schlagen wir Ihnen die folgende Projektorganisation vor:

- Einen Steuerungsausschuss als oberstes Organ.  
Dieser Steuerungsausschuss - gemäss Beilage 1 der Vorlage - befindet über die konzeptionellen Fragen und legt das weitere Vorgehen fest. Er setzt sich aus VertreterInnen der Politik und der Landbesitzer zusammen und wird vom Stadtrat im Einvernehmen mit den Organisationen gewählt.
- Die Projektleitung  
Sie ist verantwortlich für die konzeptionelle Arbeit und die eigentliche Führung des Projekts. Sie wird durch Herrn Holenstein von der Wirtschaftsförderung wahrgenommen. Der Projektleitung obliegt die Planung und Koordination der verschiedenen Arbeiten, die Vorbereitung und Organisation von Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit.
- Das Projektteam  
Dieses setzt sich zusammen aus Fachspezialisten für städtebauliche Raumgestaltung, Architektur, Parking, Finanzierung und Marketing.

Der Steuerungsausschuss wird regelmässig über die entwickelten Arbeiten informiert und kann auf die Ausgestaltung Einfluss nehmen.

Zu den inhaltlichen Arbeiten gehört es, die umstrittenen Punkte ausdiskutieren und nach Lösungen zu suchen. Dass dies im vorgeschlagenen ehrgeizigen Tempo durchführbar ist, liegt in der Systematik der Projektorganisation. Dank dem Einbezug aller Interessierten und oppositionellen Kräfte kann der Prozess beschleunigt werden. Zudem dienen die bisherigen Planungsarbeiten als wertvolle Grundlage; es muss nicht mit allen Überlegungen von vorne begonnen werden.

Mit dem in der ursprünglichen Vorlage beantragten Betrag von Fr. 150'000.-- kann die Planung bis Ende Jahr durchgeführt werden.

Dazu gehören die Erarbeitung von Konzeptvarianten und eines Vorprojektes, finanzielle Grundüberlegungen und erste Absichtserklärungen von Investoren.

Ende 2000 sollten bereits Anträge zu Handen der politischen Behörden erstellt sein.

In den Beilagen zur Vorlage ersehen Sie detailliert, wie wir uns die Projektorganisation vorstellen.

Der Steuerungsausschuss als oberstes Organ ist zwar relativ gross. Wir waren aber darauf bedacht, dass wirklich alle betroffenen Organisationen und Interessenvertretungen einbezogen sind. In Bezug auf die Vertretungen der Fraktionen schlagen wir Ihnen folgendes Vorgehen vor: Die Fraktionen teilen dem Ratsbüro mit, wer sie im Steuerungsausschuss vertreten soll. Das Büro nimmt davon Kenntnis und leitet die Vorschläge an den Stadtrat weiter, der die Wahlbehörde für den Steuerungsausschuss ist.

Die Spezialkommission "Zentrum Landhuus" empfiehlt Ihnen, die neue Vorlage zu überweisen und damit den Startschuss für eine erfolgreiche Entwicklung des Zentrums Landhuus zu geben. Nutzen wir diese einmalige Chance für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Region.

Die neue Vorgehensweise ist vielleicht ein kleiner Schritt zurück. Wir sind aber überzeugt, dass damit eine schnellere Lösungsfindung möglich ist. Manchmal ist es eben besser, noch einmal Anlauf zu holen und dann dafür durchzuziehen.

Zum Schluss möchte ich es nicht unterlassen, Herrn Stadtrat Schönberger und den Kommissionsmitgliedern für die geleistete Arbeit zu danken. Frau Riedel und Frau Engeler verdanke ich die hervorragende Arbeit beim Protokollieren unserer Sitzungen. Den Herren Witzig, Staub, Müller und Herrmann gebührt der Dank für ihre wertvolle Mitarbeit als Fachleute und natürlich Herrn Holenstein quasi als Retter von aussen."

**Peter Käppler (SP)**

Fraktionserklärung

"Die SP-Fraktion steht einmütig hinter dem Vorgehen der SPK. Wir wollen eine städtebauliche Entwicklung in diesem Bereich und sehen darin einen wichtigen Schritt für unsere Stadt. Seit dem 1987 durchgeführten Wettbewerb war dieses Gebiet für uns immer ein Thema. Wir erhoffen uns eine Aufwertung der Altstadt, eine Verbesserung für die BenützerInnen des öffentlichen Verkehrs und natürlich Arbeitsplätze. Wir sind überzeugt, dass die Stadt aufgewertet wird, wenn diese städtebauliche Lücke geschlossen werden kann."

**Hans Peter Huber (SVP)**

Fraktionserklärung SVP/EDU \*

"Der Stadtrat und die Spezialkommission "Zentrum Landhuus" empfehlen Ihnen, die Vorlage Zentrum Landhuus zu Gunsten eines Vorgehenskonzeptes Projekt "Landhuus/ Bushof" zurück zu nehmen.

Die SVP war von Anfang an äusserst skeptisch gegenüber der Vorlage "Zentrum Landhuus". Zwar erkannte sie den Vorteil der sogenannten Spangenzuglösung, die den Bushof von zwei Seiten her zugänglich machen sollte. Die Negativpunkte der Vorlage waren aber die engen Verhältnisse des neuen Bushofes, die fehlenden Ausbaumöglichkeiten, das Wegfallen von Carparkplätzen und dass die Vorlage schwerpunktmässig auf die Neugestaltung und Verlegung des Bushofes konzentriert war. Das grosse Negativ-Echo aus der Bevölkerung kam deutlich bei der Vorstellung des Projektes im Casino zutage - ob diese Veranstaltung einseitig besucht war, hätte wohl erst eine Volksabstimmung gezeigt. Einige Verbände, die ihre Ablehnung gegenüber diesem Projekt kundtaten, sowie viele Einzelpersonen, die sich klar gegen die Auflösung des jetzt sehr gut funktionierenden Bushofes stellten, haben die SVP zur Überzeugung gebracht, dass dieser Projektierungskredit für den Bushof noch einmal überdacht werden muss.

Die Spezialkommission hat an ihrer dritten Sitzung der Vorlage zugestimmt. Trotzdem wurden aber in einem Rückkommen in der ganzen Kommission Bedenken wach, dass das Projekt Bushof in einer Volksabstimmung einen schweren Stand haben könnte. Der Stadtrat und die zuständigen Planer haben uns nun zusammen mit dem kant. Wirtschaftsförderer ein Vorgehensprojekt "Landhuus/Bushof" erarbeitet. Dieses ist sehr zu begrüßen. Vor allem deshalb, weil nun der Bushof nicht mehr im Zentrum der Planung steht. Es sind nun wieder verschiedene Möglichkeiten offen, natürlich auch eine ähnliche oder gar gleiche Variante des Bushofs, die dann aber - breit abgestützt - auch eher eine Mehrheit finden wird.

Die SVP/EDU-Fraktion wird den Anträgen zustimmen und sich im Steuerungsausschuss für eine Lösung mit Zukunft einsetzen."

**Herbert Distel (CVP)** Votum \*

"Als wir an der 5. Sitzung der Spezialkommission über das Vorgehenskonzept Landhaus/Bushof von Herrn Holenstein gesprochen haben, war mir schon eine sehr grosse Last abgenommen worden. Leider habe ich für die alte Vorlage im ganzen CVP-Umfeld keinen einzigen Sympathisanten bzw. Sympathisantin gefunden. Ich möchte hier kurz und bündig mit einigen Kernsätzen die Zustimmung der CVP zur neuen Vorlage begründen:

- ◆ Wir verlassen den auf den Bushof fokussierten Kredit.
- ◆ Es wird wieder von einem generellen Planungskredit gesprochen.
- ◆ Der SR, der Planungsstab sowie auch wir von der Spezialkommission waren bereit, umzudenken.
- ◆ Jetzt sind wir wieder in allen Bereichen offen.
- ◆ Sicherlich können viele Ansätze aus dem gut ausgearbeiteten Rahmenplan übernommen werden.

Obwohl die CVP sicherlich im neu zu bildenden Steuerungsausschuss nicht mehr vertreten ist, können wir diesem Ausschuss, der breit abgestützt ist, zustimmen.

Herr Holenstein hat einen ambitiösen Zeitplan aufgestellt. Wir lassen uns überraschen.

Die CVP wird mit Genugtuung dieser Vorlage zustimmen."

**Roland Schöttle (FDP)** Fraktionserklärung FDP \*

"Wir hatten als Grosser Stadtrat damals einen guten Beschluss gefasst, einen Kredit für den Planungsstart im Zentrum Landhuus zu bewilligen. Der Rahmenplan Zentrum Landhuus ist eine ausgezeichnete Grundlage für die weitere Bearbeitung des Projektes in den verschiedensten Richtungen - z.B. Quartierplan-Grundlagen.

Endlich bringt dank dem dezidierten Auftreten des Wirtschaftsförderers zu Tage, was die Haupt-Stossrichtung des Projektes Zentrum Landhuus sein muss und für die Kommissionsmitglieder eigentlich schon lange war:

Ziel muss es sein, das Gebiet als kaufkraftmässigen Zubringer für das Stadtzentrum zu erschliessen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen für Dienstleistungen muss verwirklicht werden.

Und nur in zweiter Priorität:

Der Bushof muss allenfalls einen neuen, nützlichen Standort finden und die notwendigen Parkplätze für die Verbesserung des Angebotes für die Altstadt und für die parkplatzmässige Erschliessung des Zentrum Landhuus müssen geschaffen werden.

Aber das Hauptziel muss die Schaffung der neuen Arbeitsplätze sein und bleiben.

Der Vorschlag des Stadtrates ist nützlich. Wir können uns auch der Idee von Thomas Holenstein anschliessen, nochmals alle Aspekte mit den Involvierten neu zu erwägen.

Ich bin überzeugt, dass alle bisherigen BefürworterInnen der Vorlage, wie auch die OpponentInnen gegen die Vorlage, das gemeinsame Ziel der Entwicklung unserer Stadt im Auge haben. Wir machen aus keiner Position eine Prestigefrage und stehen voll hinter dem weiteren Schritt der Projekt-Entwicklung nach dem Vorschlag des SR bzw. der SPK.

Wir sind in der FDP einstimmig für das Ja zur neuen Vorlage und die entsprechende Verwendung des vorgesehenen Kredites.

Wir sehen diesen Beschluss als einen entscheidenden Schritt für das schlussendlich gute Gelingen des Projektes. Ich bitte Sie alle, sich unserer Meinung anzuschliessen."

**Bernhard Egli (OeBS)** Fraktionserklärung OeBS/EVP/JPS/GB \*

"Die OeBS/EVP/JPS/GB-Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage und wird sie unterstützen.

Der erste Wurf ist dem Stadtrat gelungen, die entscheidenden Parzellen Bushof und Rollschemelanlage zu erwerben. Der zweite Wurf - die Entwicklung des Rahmenplans "Planung Zentrum Landhuus" ist unserer Ansicht nach gut herausgekommen; dies mit ein paar Einschränkungen:

- verschiedene Details wie Baufelder, Kopfbauten usw. hätte man wohl offener behandeln können.
- das Auftreten des Stadtrates gegenüber Heckenschützen hätte bestimmter sein können.

Aber Schwamm darüber, wir haben nun ein überzeugendes Vorgehenskonzept, das die wirtschaftliche Nutzung in den Vordergrund stellt; zügeln kann man dann - ich meine die Überlandbusse - mit der Umnutzung der Bauflächen, dann ist es angebracht. Unsere Fraktion steht übrigens klar hinter der vorgesehenen Perron-Anordnung der Überlandbusse.

In der Presse wurde das Vorgehen - Rückzug des traktandierten Geschäftes und Weiterbehandlung in der Kommission - kritisiert. Meine Damen und Herren Medienschaffende, wir sind nicht feige und lassen uns auch nicht wegen des lauten "Gebells" einschüchtern. Aber wir haben daraus gelernt, bei strittigen Themen mit knappen Parlamentsmehrheiten vor's Volk zu treten; die Kehrichtsack-Gebührenvorlage bzw. deren Scherbenhaufen lässt grüssen.

Ein weiteres Beispiel ist die Schaffhauser Einheitspolizei. Nach einer 50 : 50-Situation im Grossen Stadtrat haben wir uns staatsmännisch und -frauisch zusammengerauft und die Position der Stadt klar und einhellig dem Kanton gegenüber vertreten. Der Volksentscheid spricht Bände.

Das Parlament ist also gut beraten, schwierige Geschäfte so zu behandeln, dass im Parlament ein breiter Konsens gefunden werden kann. Dies ist mit der neuen Vorlage geschehen.

Eine kleine Korrekturanregung zur Beilage 1 - Vorschlag Zusammensetzung des Steuerungsausschusses -, welche in die Zuständigkeit des SR geht: Man sollte diesen Ausschuss nicht künstlich aufblähen. Wir haben kein Argument gefunden, weshalb der Hauseigentümergeverband darin vertreten sein sollte, denn dann müsste man auch noch eine/n VertreterIn des Mieterverbandes aufnehmen. Diese Verbände können in einer späteren Phase mit einbezogen werden."

**Stadtrat Kurt Schönberger**      Stellungnahme des Stadtrates

"Ich möchte mich zuerst bei der SPK bedanken, dass sie so speditiv gearbeitet hat und bei Peter Käppler, dem Kommissionspräsidenten, für seine kompetente Führung und seinen ausgezeichneten Bericht heute. Wir sind froh, dass mit dem Einschwenken der Kommission auf das Vorgehenskonzept Projekt "Landhuus/Bushof" der gordische Knoten gelöst werden konnte. Ein stehender Zug auf dem Abstellgeleise kann somit wieder mit Volldampf in den Verkehr genommen werden.

Ungewohnt viel Lob haben wir heute gehört. Wir nehmen dieses gerne entgegen und geniessen es; es kommen ja bestimmt wieder andere Zeiten.

Peter Käppler hat sehr ausführlich und detailliert geschildert, wie sich diese Sache zugetragen hat, so dass ich auf Wiederholungen verzichten kann. Ich möchte nur ganz dezidiert feststellen, dass es sich bei der Parzelle Bleiche um eine städtebauliche Chance handelt. Wir haben es dort hinten mit einem Potential zu tun, das seinesgleichen sucht. Wenn wir uns diese Chance entgehen lassen, verpassen wir nicht nur einen fahrenden Zug, sondern wir sehen für immer die rote Laterne. Genau dies wollen wir nicht. Wir freuen uns, dass das Parlament dies auch nachvollziehen kann.

Die Rahmenbedingungen in Schaffhausen sind aus Sicht der Wirtschaftsförderung sehr gut. Das Eurohaus in Neuhausen ist praktisch voll belegt. Wir brauchen eine Ergänzung dazu. Die Stadt Schaffhausen profitiert von diesem Boom nicht, der in der Region stattfindet, weil wir kein Immobilienangebot haben, das auf dem richtigen Niveau ist. Die Ansiedlungen im Dienstleistungsbereich werden immer schwieriger. Dagegen steht jetzt das Angebot hinter dem Bahnhof. Die hervorragende Lage im Bereich Landhaus/Bushof bietet sich als neues Dienstleistungs-Zentrum geradezu an.

Vielleicht noch ein Satz zur Testplanung: Ich möchte hier feststellen, dass diese Testplanung durchaus erfolgreich war. Wir haben einen Rahmenplan als gutes Resultat dieser Testplanung, der die Grundlage für Investoren bildet. Wir haben vielleicht den Nachteil mit unserer ersten Vorlage, dass wir uns zu stark auf die Situierung des Bushofes fixiert haben.

Es ist gesagt worden, dass wir bei dieser öffentlichen Veranstaltung im Casino eigentlich alles erlebt haben. Es begann mit einem lauen Gegenwind und endete mit einem Orkan. Mit diesen Gefühlen ging ich zurück ins Stadthaus, und ich wusste eigentlich damals schon, dass wir hier umdenken müssen.

Wir sind also bereit, von der Fokussierung auf den Bushof abzurücken und neue Varianten und Alternativen im Rahmen einer Gesamtlösung zu überprüfen. Der Stadtrat steht voll hinter dem neuen Konzept. Wir sind offen für neue Lösungen.

Wir resignieren nicht. Die Politik zeigt, dass sie statt Sturheit Flexibilität an den Tag legt. Wir wollen neue Fakten berücksichtigen und neue Erkenntnisse akzeptieren.

Wir können auch von einem Quantensprung sprechen. Wir sind froh, dass die Spezialkommission mit 12 : 0 Stimmen diesen Quantensprung mitgemacht hat. Ich möchte an das Parlament appellieren, dies auch zu tun im Sinne einer Zeitungsmeldung am vergangenen Samstag "Durchbruch in diesem Jahr." Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir den sehr ambitionösen Zeitplan einhalten können. Es ist aus meiner Sicht heute "eine Minute vor Zwölf". Wir müssen mit Volldampf dahinter, damit es nicht plötzlich "zwei Minuten nach Zwölf" ist und wir den Anschluss an die wirtschaftliche Entwicklung der Region nicht verpassen.

In diesem Sinne bedanke ich mich für die sehr gute Aufnahme der Vorlage. Ich möchte an Sie appellieren, geschlossen dazu Ja zu sagen. Damit geben Sie ein Signal nach aussen, dass uns die Förderung der Stadt Schaffhausen am Herzen liegt und dass wir gemeinsam bereit sind, eine neue Lösung anzustreben, welche unserer Stadt letztlich dienlich sein wird."

**Herbert Distel (CVP)**                      Votum

"Ich möchte kurz Bernhard Egli widersprechen bezüglich seines Votums zur Vertretung des Hauseigentümerverbandes im Steuerungsausschuss. Dieser Verband spielt hier eine sehr wichtige Rolle, weil er die privaten Landbesitzer und die Investoren vertritt."

**Peter Käppler (SP)**                      Präsident SPK

"Wir haben sehr lange darüber beraten, wer alles im Steuerungsausschuss gemäss Beilage 1 der Vorlage vertreten sein soll. Ziel war es, in diesen Ausschuss sowohl die befürwortenden als auch die oppositionellen Kräfte einzubinden. Den HEV haben wir deshalb in die Liste der Ausschussmitglieder aufgenommen, weil von dort die Kritik kam, im Gebiet hinter dem Bahnhof Büroräumlichkeiten einzurichten, während an anderen Orten in der Stadt Büroräume leer stehen. Die an einer Ansiedlung in Schaffhausen interessierten Firmen wollen z.T. jedoch grosse Büroflächen mit einem gehobenen Standard und entspr. Infrastruktur, weshalb gewisse leerstehende Büroräumlichkeiten an anderen Orten der Stadt nicht geeignet sind. Wir glauben aber, dass sich mit der Ansiedlung von Dienstleistungsfirmen im Gebiet hinter dem Bahnhof auch die Chance vergrössert, dass in deren Sog die Nachfrage nach Büroräumlichkeiten in der übrigen Stadt wieder steigt. Dies war der Grund, den HEV hier einzubinden."

Ich bitte Sie, den Vorschlag für die Zusammensetzung des Ausschusses, so wie er jetzt vorliegt, nicht zu verändern. Wahlbehörde ist der Stadtrat. Wenn der SR sieht, dass vielleicht eine Organisation nicht vertreten ist, kann er hier sicher noch etwas korrigieren."

### **Stadtpräsident Marcel Wenger**

"Ich möchte nicht in die aktuelle Diskussion eingreifen. Ich möchte Ihnen lediglich im Sinne der Stellungnahme meines SR-Kollegen aber auch im Sinne der Ausführungen des Kommissions-Präsidenten und aus der Sicht der Wirtschaftsförderung die Bedeutung des heutigen Entscheides kurz vor Augen halten. Welche Stadt in der Schweiz verfügt über ein derart prominentes Areal, wo Schiene und Strasse derart nahe an den Verbindungszentren zur wichtigsten Wirtschaftsmetropole der Schweiz vorbei führen, wie die Stadt Schaffhausen mit dem Zentrum Landhuus? Sagen Sie mir eine, die noch nicht ausoptioniert ist. Es gibt keine in der Distanz zu Zürich. Möglicherweise wäre es Zug. Aber in Zug sind die Grundstückspreise unbezahlbar.

Jetzt muss ich Ihnen sagen, dass ich die Schlussfolgerung der SPK absolut für richtig halte. Wir müssen fokussieren auf den Aufbau von Dienstleistungsflächen. Wir müssen die Führungslinie der Wirtschaftsförderung mit den Interessen, die wir in der Stadt haben, zusammen nehmen, und rasch zu einer tragfähigen Lösung kommen. Die Konjunktur, die jetzt läuft, läuft nicht ewig. Die Zinsen sind wieder am Steigen. Es kann wieder eine andere Zeit kommen. Ich hoffe, dass es reicht mit dem ehrgeizigen Zeitplan. Ich hoffe auch, dass wir die Unterstützung von Ihnen haben heute Abend.

Die Führungslinie der Wirtschaftsförderung geht dahin, dass wir im Kanton Schaffhausen ein Standort für High-Tech-Unternehmen werden wollen, der eine Alternative zu Zürich, Winterthur und Zug ist, und auch ein Standort für moderne, kommunikationsgesteuerte und vernetzte Dienstleistungen. Die Voraussetzungen von der Verkehrslage und von der Infrastruktur her sind hervorragend.

Ich kann Ihnen sagen, die Firma Gas + Com wird auf dem Netz der Erdgas Ostschweiz AG, welches im Fallentor hereinkommt und in Schaffhausen durchgeht, einen grossen Lichtwellenleiter für eine Datenautobahn installieren, welche die weltgrösste ist und welche die wichtigsten europäischen Zentren verbindet. Das führt praktisch vor der Haustüre dieses Dienstleistungs-Zentrums vorbei. Die SASAG ist in der Lage, das heute mit Dienstleistungen im Telekommunikationsbereich zu verbinden, die auch wieder ihresgleichen suchen wird.

Wir haben jetzt noch die Möglichkeit auf Grund des Bundesbeschlusses zur Förderung der wirtschaftlichen Randgebiete, Steuererleichterungen auszusprechen, nicht nur auf den Kantons- und Gemeindesteuern, sondern auch auf der Bundessteuer. Eine Voraussetzung, welche die Gebiete in Zug, Winterthur und Zürich nicht haben. Das Einzige, was wir nicht haben, ist die Möglichkeit, dies räumlich umzusetzen. Das können wir machen, wenn wir Dienstleistungsflächen im Zentrum Landhuus anbieten können. Wir haben - das kann ich Ihnen aus der Wirtschaftsförderung sagen - schon einige sehr interessante Kontakte geknüpft, die wirklich darauf hinweisen, dass der Standort Schaffhausen nicht nur konkurrenzfähig ist; er wäre Spitze, wenn wir endlich diese Flächen anbieten könnten.

Ich bitte Sie, heute Abend den Entscheid, den die SPK gefällt hat, zu respektieren, auch den Steuerungsausschuss jetzt nicht zu ändern, weil wir gute Gründe hatten, den HEV dabei zu haben.

Es gibt ja im politischen Prozess Leute, die nicht da drin sind, und die immer wieder trefflich an Egoisten appellieren. Ich möchte diese Leute in den Entscheidungsprozess einbauen. Aber sie müssen wissen, dass es hinter dem Bahnhof ein Gesamt-Interesse gibt. Dieses Gesamt-Interesse heisst Dienstleistungs-Flächen."

**Roland Schöttle (FDP)**                      Votum

"Es ist mir ein Anliegen, zu Bernhard Egli noch etwas zu sagen wegen dem Hauseigentümergebiet. Aus meiner Sicht geht es hier nicht um die Interessenvertretung der Vermieter im Sinne von Mietbedingungsgestaltung, einer Auseinandersetzung zwischen Hauseigentümer und Mieter. Es geht hier um die Blickrichtungen der Investoren, die hier organisatorisch richtigerweise durch den HEV mit vertreten werden. Selbstverständlich geht es auch um die Interessenvertretung der Liegenschaftsbesitzer, wie es Peter Käppler schon angetönt hat. Es braucht eine Sensibilisierung z.B. darauf, dass neue Räume auch eine bessere Nutzung für bestehende Flächen in anderen Proportionen bringen kann. Eine Investoren-Organisation, die diese Aspekte abdeckt, gibt es nicht. Daher ist der HEV der richtige Vertreter. Ich bitte Euch darum, dass dies auch Eure Unterstützung finden kann.

**Peter Möller (GB)**                      Votum

"Ich möchte mich zu den voran gegangenen Voten bezüglich der Vertretung des HEV im Steuerungsausschuss äussern. Die Interessen der Liegenschafts-BesitzerInnen, die unmittelbar an das fragliche Gebiet angrenzen, werden durch eine Anwohnervertretung gewahrt. Sonst sehe ich ganz ernsthaft keinen Grund, weshalb man den HEV in den Steuerungsausschuss aufnehmen muss. Es ist mir klar, dass der HEV gewisse Bedenken gegen dieses Projekt hegt. Aber dann müssten wir auch den Projektverfasser des oberirdischen Parkhauses mit in den Steuerungsausschuss hinein nehmen. Das schiene mir leicht übertrieben mit der Einbindung von möglichen Opponenten.

Dann habe ich noch eine Verständnisfrage. Wir haben vom SPK-Präsidenten gehört, dass der SR zuständig ist für die Wahl dieses Steuerungsausschusses. Da gehe ich grundsätzlich damit einig. Dem gegenüber lautet der Antrag 2 anders, weil die aus der Mitte des GrSR stammenden Mitglieder des Ausschusses durch das Parlament bestimmt werden sollen.

Wenn sich der GrSR heute mit einer Projektorganisation einverstanden erklärt, die beim Steuerungsausschuss eigentlich abschliessend aufgezählt ist, sehe ich auch nicht recht, dass - was Peter Käppler gesagt hat - der SR noch nach eigenem Gutdünken den Ausschuss noch ein wenig ausweiten oder reduzieren kann. Das legen wir jetzt fest, aus wievielen Personen bzw. aus welchen Vertretungen dieser Ausschuss besteht."

**Stadtrat Kurt Schönberger**

"Ich finde es schade, dass wir uns auf ein Nebengeleise begeben, nachdem man feststellt, dass sich ein Friede in dieser Sache anbahnt. Die Beschickung des Steuerungsausschusses ist in der Tat Sache des Stadtrates. Sie haben selbstverständlich die Möglichkeit, aus Ihrer Mitte die Delegation zu bestimmen. Ich denke, dass wir diese Diskussion über die Beschickung dieses Ausschusses jetzt beenden müssen und uns über die Vorlage selbst unterhalten."

**Peter Neukomm, 1. Vizepräsident**                      Votum

"Ich möchte Sie auch bitten, die Zusammensetzung des Steuerungsausschusses nicht in Frage zu stellen, auch wenn mir persönlich einleuchtet, dass die sachliche Begründung nicht da ist. Vielleicht müssen wir hier etwas humorvoll sagen, es geht doch um einen therapeutischen Ansatz. Wir müssen die politische Akzeptanz dieser Vorlage verbessern, wir müssen verhindern, dass weiterhin Heckenschützen versuchen, die Nutzung dieses Entwicklungspotentials, welches der Stadtpräsident trefflich geschildert hat, zu behindern. Darum geht es, und nicht um proportionale Vertretungen. Sie sehen anhand dieser Liste, wer hier bis heute vor allem verhindert hat. Das sollte für sich sprechen. Lassen Sie es zu Gunsten der Sache dabei bleiben."

**Max Zimmermann (parteilos)**                      Votum

"Ich möchte die Diskussion nicht verlängern. Ich möchte nur eines sagen: Wenn wir schon über diese Zusammensetzung des Steuerungsausschusses sprechen, der Bund der SteuerzahlerInnen ist noch nicht vertreten! Ich glaube, dass die Diskussion richtig geführt worden ist. Peter Neukomm hat jetzt gesagt, worauf es ankommt. Wir sind abstimmungsreif. Ich beantrage, dass wir abstimmen."

Die Ratspräsidentin stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde.

**EINTRETEN ist somit beschlossen.**

**DETAILBERATUNG**

**Peter Neukomm, 1. Vizepräsident** verliest die Seitenzahlen 1 - 7 der Vorlage vom 8. Mai 2000.

Hierzu wird das Wort nicht verlangt.

Beilage 1 - Vorschlag Zusammensetzung Steuerungsausschuss  
wird zur Diskussion gestellt.

Bernhard Egli (OeBS) stellt den Antrag, den Hauseigentümerverband aus der Liste zu streichen.

Peter Käppler, Kommissionspräsident stellt den Gegenantrag, der HEV sei in der Liste zu belassen.

Zur Frage der Nominierung der Mitglieder aus den Reihen des GrSR wiederholt Peter Käppler seinen Hinweis, wonach vorgesehen sei, dass die 4 im Rat vertretenen Fraktionen je 1 Mitglied für den Steuerungsausschuss benennen und dies dem Ratsbüro melden, welches die Namen an den Stadtrat weiterleiten wird.

### ABSTIMMUNG

Bernhard Egli (OeBS) unterliegt mit **5 : 31 Stimmen** mit seinem Antrag, der Hauseigentümergeverband sei nicht in den Steuerungsausschuss aufzunehmen (Beilage 1).

Beilage 2 - Projektteam  
wird zur Diskussion gestellt.

Herbert Distel (CVP) verweist auf den Absatz *Interessengruppen*, wo es heisst: "*Diese werden fallweise einbezogen oder informiert (z. Bsp. Carhalter, IG Velo usw.)*"  
"Ich möchte hier nur zu Protokoll geben, dass es nicht genügt, die privaten Carhalter lediglich zu informieren. Die müssen einbezogen werden, sonst gibt es wieder Opposition."

### ANTRÄGE

**Peter Neukomm, 1. Vizepräsident** verliest die Anträge auf Seite 8 der Vorlage.

1. *Der Grosse Stadtrat genehmigt das von der SPK "Zentrum Landhuus" am 8. Mai 2000 verabschiedete Vorgehenskonzept Projekt "Landhuus/Bushof". Es ersetzt die Vorlage des Stadtrates vom 21. September 1999 mit dem Titel "Zentrum Landhuus; Projektierungskredit für den Bushof".*

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

2. *Der Grosse Stadtrat erklärt sich mit der Bildung der vorgeschlagenen Projektorganisation einverstanden. (Korrigierte Fassung)*

Diese Fassung, welche auf Anregung von Peter Möller (GB) von der SPK übernommen wurde, obsiegt in der **ABSTIMMUNG** mit **20 : 16 Stimmen** gegenüber dem Antrag von Raphaël Rohner (FDP), welcher für die Formulierung plädierte: (...). Die Fraktionen bestimmen das aus ihrer Mitte stammende Mitglied des Steuerungsausschusses und teilen es dem Stadtrat mit.

3. *Zur Erarbeitung von Konzeptvarianten und der Erstellung eines Vorprojektes, welches die künftige Gestaltung des Areals "Landhuus/Bushof" aufzeigt, bewilligt der Grosse Stadtrat einen Kredit von Fr. 150'000.--.*

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

### SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage der SPK vom 8. Mai 2000 gut und stimmt den Anträgen - Antrag 2 korrigiert - mit **40 : 0 Stimmen** zu.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 3 MOTION Rolf Amstad (SP) vom 6.3.2000  
"Dorfzentrum Herblingen" (Begründung)**

---

**Rolf Amstad (SP)**

## Motionsbegründung \*

"Eigentlich würde ich die Motion Dorfzentrum Herblingen am liebsten ohne Worte begründen. Sicherlich wissen nicht alle in diesem Saal, welches in Wirklichkeit der eigentliche Dorfkern des Stadtquartiers Herblingen ist. Nach einem kurzen Spaziergang wäre Ihnen mit Bestimmtheit bewusst, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht. Aber da wir ja ein Parlament und keine Wandergruppe sind, werde ich die Begründung der Motion selbstverständlich in Worten wiedergeben:

Kaum eine Landschaft im Kanton Schaffhausen hat sich in den vergangenen Jahrzehnten so nachhaltig verändert wie Herblingen - ein Dorf wurde zum Stadtquartier. Ausgehend vom alten Kern expandierte das Dorf nach Süden mit den charakteristischen Wohnblocks sowie den Industrien und Einkaufszentren im Herblingertal, dann in Richtung Nordosten mit einem in jüngster Zeit gebauten Wohnquartier. Dabei war die ehemals eigenständige Gemeinde Herblingen Jahrhunderte lang ein Bauerndorf mit rund 500 Einwohnern. Um 1920 aber setzte eine dynamische Bevölkerungsentwicklung ein. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sich diese Zahl bereits mehr als verdoppelt. In den 80er-Jahren waren es gegen 3000 Einwohner, und heute sind es über 5000 Menschen, die in Herblingen leben.

Ein entscheidender Schritt in der Entwicklung Herblingens war die Eingemeindung in die Stadt Schaffhausen im Jahre 1963. Schon in den Vierzigerjahren war eine Eingemeindungsdiskussion geführt worden, die der Grosse Rat aber mit einem ablehnenden Entscheid beendet hatte. Allein - dadurch wurden die Probleme Herblingens nicht kleiner. Integration der neu Zugezogenen, Wasserversorgung, Strassenbau und immer dringender die Erschliessung des Herblingertals als Industriezone überstiegen die Kräfte der Gemeinde zusehends. Auf dem ungewöhnlichen Wege einer kantonalen Volksinitiative wurde die Eingemeindung in die Wege geleitet, der das Schaffhauser Volk am 22. September 1963 zustimmte.

Die Eingemeindung in die Stadt Schaffhausen brachte erstaunlicherweise nicht eine Verflachung des Dorflebens mit sich, sondern eher eine Belebung. Dafür sorgte nicht zuletzt ein damals von den Eingemeindungs-Befürwortern gegründeter Quartierverein Herblingen. Ihm ist es zu verdanken, dass die Herblinger Chilbi wieder Rang und Klang erhalten hat. Wer heute jeweils am letzten September-Wochenende in den Festtrubel eintaucht, kann sich kaum mehr vorstellen, dass die Chilbi in früheren Zeiten der Obrigkeit ein Dorn im Auge war.

Nun ja, sehr geehrte Damen und Herren, das Quartier Herblingen besteht eben nicht nur aus Einkaufszentren, die immer grösser werden - zur Zeit wieder sehr aktuell mit dem geplanten Verbindungs-Bau zwischen Migros und COOP - nicht nur aus Industriebauten, einem Hochhaus, der viel besagten Stettermerstrasse mit Schulen, Altersheim und Wohnbauten, und nicht zu vergessen die noch grössten Landreserven der Stadt. Und in Zukunft vielleicht ebenfalls schon bald mit einem redimensionierten Multiplex-Kino, einem multifunktionellen Sportstadion und - wer weiss - ja sogar einer Reithalle ... . Nein, Herblingen besteht auch aus einem Kernteil, eben dem ehemaligen Dorf Herblingen.

Rund um dieses Dorfzentrum schossen in den letzten Jahrzehnten die Neubauten wie Pilze aus dem Boden. Wahrlich stehen sich heute der Kern und das "Drum herum" wie Gegensätze gegenüber. Man könnte einen Baum, der am Verfall ist, als Vergleich heranziehen: Der Kern ist schon fast abgestorben, nur im äusseren Bereich des Stammes, dem sogenannten Splint, fliessen die Nährstoffe unbehindert weiter - und von weitem scheint der Baum sogar kerngesund zu sein. Der Schein trügt aber: Der Baum wird früher oder später absterben.

Dass der Kern von Herblingen am Verfall und am Verkommen ist, zeigen die zum Teil desolaten Zustände einzelner Gebäude. Zum Teil müsste man beim Spazieren durch's Dorf sogar Helmpflicht verordnen, um nicht von einem herab stürzenden Ziegel oder Backstein erschlagen zu werden. Als Indiz dafür möchte ich die Jahre lang als Schandfleck von Herblingen bezeichnete Liegenschaft am Trüllenbück - heute besser bekannt unter dem Namen Haus Aellig - erwähnen. Ich verzichte vorerst darauf, diese Situation genauer zu erläutern, denn lange genug war auch dies ein beliebtes Medienthema und sollte somit den meisten von Ihnen bekannt sein.

Wäre damals ein Gesamtkonzept für bauliche Veränderungen vorhanden gewesen, hätte vermutlich ein Neubau viel weniger Staub aufgewirbelt, wie dies seinerzeit der Fall war.

Solch ein Ablauf darf in Zukunft einfach nicht mehr passieren. Erstens macht sich die Stadtschaffhauser Baupolitik mit solcher Vorgehensweise auch in der Öffentlichkeit absolut unglaublich, und zweitens können wir von Glück sprechen, dass im Zusammenhang mit der Gefährlichkeit solcher einsturzgefährdeten Liegenschaften an exponierter Lage, bis anhin keine Menschen zu Schaden gekommen sind. Dieses Beispiel beweist wohl eindeutig, wie dringend jetzt endlich eine gesamtheitliche Regelung der weiteren Planungen im Zentrum Herblingen ansteht, denn dieser frühere Schandfleck ist ja nur einer von vielen.

Ein weiteres akutes Problem ist natürlich die viel befahrene Schloss-Strasse, die mitten durch das Zentrum führt. Laut den neuesten Messergebnissen fahren zur Zeit rund 3500 Fahrzeuge pro Tag durch den Dorfkern, was einer markanten Zunahme von über 1000 Fahrzeugen seit 1994 entspricht. Das Problem kann auf keinen Fall mit dem Quartier Buchthalen verglichen werden, wo übrigens der Aufwertung seines Dorfkerns in den letzten Jahren viel Beachtung geschenkt wurde.

Die Schloss-Strasse ist eine Kantonsstrasse und muss zu einem grossen Teil den Durchgangsverkehr der Reiatgemeinden schlucken. Ich möchte es jedoch nicht unterlassen, zu erwähnen, dass ein Teil des Verkehrs selbstverständlich auch hausgemacht ist. Aber in der heutigen mobilen Welt verwundert dies wohl kaum jemanden. Die Zahl der motorisierten Vehikel, die leider vielfach auch mit weit mehr als 50 "Sachen" durch's Dorf brausen, wird wohl kaum stagnieren oder sogar zurück gehen. Mobilität ist "in" und dazu kommt noch, dass die Bautätigkeit in den Reiatgemeinden, als Beispiel Stetten, weiter zunehmen wird.

Wie Sie sicher alle aus den Medien erfahren haben, hatte sich der Quartierverein Herblingen in jüngster Zeit ein weiteres Mal intensiv mit dieser Verkehrsproblematik befasst.

Im Jahre 1997 übertrug der Stadtrat dem Baureferat im Sinne eines Verhandlungsmandates den Auftrag, zusammen mit dem Quartierverein-Vorstand Lösungsmöglichkeiten zu erörtern. Ein Stadtratsbeschluss vom 20.1.98 diente als Grundlage für die danach folgenden Gespräche. Es wurde Rückkommen auf die Nichteintretens-Beschlüsse von Gonten vom 14.3.1995 und Bereitschaft, auf das Geschäft "Umfahrung Dorfkern Herblingen" einzutreten, beschlossen. Verschiedene, vom Tiefbauamt ausgearbeitete Varianten standen dem Quartierverein zur Verfügung. Im Vordergrund des Stadtratsbeschlusses stand die Variante "Massnahmen zur Verkehrsberuhigung unter Beibehaltung des vorhandenen Strassennetzes".

Die Variante Verkehrsberuhigung auf dem bestehenden Strassennetz wurde aber von den direkt betroffenen AnwohnerInnen nicht unterstützt, sondern sie sprachen sich klar für eine Umfahrungsmöglichkeit aus. Jedoch, so stellte sich dann im Herbst letzten Jahres heraus, wurden die Gespräche und Verhandlungen eben ohne den Wirt geführt - obschon die Vorarbeiten mit dem Baureferat und dem städtischen Tiefbauamt sehr hoffnungsvoll und effizient geführt werden konnten. Die Umfahrung Herblingen wurde sodann vom Gesamtstadtrat vor allem aus finanzpolitischen Gründen aus dem Investitionsprogramm 1999 - 2004 gestrichen. Auch im städtischen Strassenrichtplan soll sie gemäss Stadtratsbeschluss vom 9. November 1999 in naher Zukunft keine Aufnahme finden. Wäre der Durchgangsverkehr aus dem Dorf verbannt gewesen, hätte sich womöglich das Problem der baufälligen Liegenschaften von alleine gelöst.

Nun also muss ein weiteres Mal fast bei Null begonnen werden. Für diesen Neubeginn ist es sicherlich sinnvoll, das Dorfzentrum Herblingen als Ganzes zu betrachten. Deshalb fordert die Motion nicht nur eine Lösung der Verkehrsproblematik - diese soll jedoch Priorität besitzen -, sondern vielmehr eine Gesamtplanung und ein Konzept mit klaren Vorgaben für eine gesamtheitliche Regelung der weiteren baulichen Planung und der zukünftigen Neugestaltung und Entwicklung der Dorfstruktur. Dabei soll dem ländlichen Charakter des Dorfkerns Rechnung getragen werden, jedoch ohne ein heimattümliches Dörfli zu schaffen. Und da infolge der übermächtigen Konkurrenz auf der grünen Wiese kaum mehr grosse Gewerbebetriebe oder Verkaufsgeschäfte anzusiedeln sind, sollen die planerischen Vorgaben für Gebäuderenovationen und Neubauten vor allem dem verdichteten Wohnen dienen, wobei eine gewisse Geschäftsnutzung wünschbar wäre.

Da zum heutigen Zeitpunkt im betreffenden Gebiet nach meiner Kenntnis kein einziges Gebäude mehr unter Denkmalschutz steht, und die Einwohnergemeinde Schaffhausen auch in Herblingen verschiedene Liegenschaften in ihrem Besitze hat, sind dies relativ gute Voraussetzungen für eine grundlegende Neuplanung. Gut erhaltene, bestehende Bauten sollten jedoch möglichst zu Ensembles zusammen gefasst werden.

In der Neuplanung soll ferner auch der Belebung des Dorfkerns die Aufmerksamkeit gewidmet werden. Restaurants hat es mit drei an der Zahl genug - doch wo bleibt zum Beispiel die Kultur? Gerade in diesem Bereich hätte Herblingen noch einiges nachzuholen. Ein Quartier wie Herblingen, das - wie erwähnt - ein rasantes Wachstum hinter sich hat, würde mit einem Kulturhaus, das zum Beispiel die Geschichte und Entwicklung der ehemaligen Gemeinde bis heute aufzeigt oder einer regionalen Bibliothek, so für manche/n NeuzuzügerIn - und die hat es in Herblingen

wahrlich in grosser Anzahl - sehr interessant sein. Ein Saal für regionales Kunstschaffen, wo ebenso kulturelle Anlässe stattfinden könnten, ist nur ein Beispiel, das der Revitalisierung des Dorfzentrums sehr gelegen käme.

Neben den mit Priorität zu behandelnden Verkehrsberuhigungsmassnahmen für den privaten Verkehr, soll unbedingt auch dem öffentlichen Verkehr die entsprechende Beachtung geschenkt werden. Eine Verlagerung der VBSH-Endstation vom heutigen Standort mitten im Dorfzentrum in den Bereich Höfli und obere Thayngerstrasse soll in die Planung einfließen. Eine bessere Anbindung des Gebietes Gugerhalde/Dützenbühl und die Entlastung des Kerns vom Schwerverkehr kann damit erreicht werden. Ebenfalls soll die Umfahrungsstrasse nicht ganz begraben werden; niemand von uns weiss, wie viele freie Flächen es in 10 oder 20 Jahren in Herblingen noch gibt. Eine nächste Generation wird uns sicherlich dankbar sein, wenn die Umfahrungsstrasse zumindest in einem Richtplan enthalten wäre.

Nebenbei möchte ich noch erwähnen, dass die berühmte Chilbiwiese, die ja praktisch in der Mitte des Dorfes liegt und der ZöBA zugeordnet ist, bei der Planung zur Neugestaltung keine "heilige Kuh" mehr sein darf und somit einbezogen werden muss.

Als Fazit der vergangenen Jahre möchte ich zum Schluss folgendes festhalten: Das Zentrum Herblingen hat betreffs Baupolitik in den letzten Jahren, ja sogar Jahrzehnten ein eigentliches Schattendasein in der Stadt Schaffhausen geführt. Woran lag dies wohl? Waren die falschen Personen am falschen Ort oder ist Herblingen nur recht für Neubauten jeglicher Art an peripherer Lage? Herblingen wird oft als das Aussenquartier der Stadt bezeichnet. Sicher distanzmässig ist es am weitesten von der Altstadt entfernt. Dies muss jedoch in einer Kommune absolut irrelevant sein. Als Herblingler bezweifle ich dieses Faktum jedoch ein bisschen.

In der Stadt legt man grossen Wert auf eine akkurate Baupolitik. Wir fragen uns - und dies bezeugen die vielen Sitzungen mit dem Quartierverein und verschiedenen Chefbeamten und Stadträten: Warum eigentlich steht Herblingen mit seinem Problem Dorfzentrum seit vielen Jahren wohl auf einer Pendenzenliste? Die Zeit läuft und läuft und nichts passiert, ausser ein paar Schlagzeilen in den Schaffhauser Medien, die von zunehmendem Durchgangsverkehr und verlotterten Liegenschaften berichten.

Zugegeben, die Herblingerinnen und Herblingler waren sich nicht immer einig. Aber gerade deshalb ist es jetzt an der Zeit, dass man ihnen Instrumente und Vorgaben geben kann, um sich zu einigen.

Dass es ohne Richtigstellung der politischen Weichen sehr schwierig ist, ein Anliegen der Öffentlichkeit aufzunehmen, wurde mit dem Thema Umfahrungsstrasse einmal mehr gezeigt. Deshalb ist es jetzt mit diesem erneuten Anlauf äusserst wichtig, die Weichen von Beginn weg korrekt zu stellen. Die Motion soll das Rad nicht neu erfinden - denn bereits sind ja das städtische Tiefbauamt, das Planungsbüro, eine Vertretung des Kantons und eine Arbeitsgruppe aus der Herblinger Bevölkerung daran, Lösungsmöglichkeiten gemeinsam zu erarbeiten. Viel mehr soll die Motion bezeugen, dass jetzt auch der politische Wille vorhanden ist, baldmöglichst - nicht in Jahrzehnten - das ehemalige Dorf Herblingen wieder zu neuem Leben zu erwecken.

Die vergangenen Jahre haben es deutlich genug gezeigt: Herblingen kommt ohne den Willen der politischen Unterstützung nicht aus diesem Dorfkern-Dilemma heraus. Also geben wir jetzt dem Thema eine Chance zum Durchbruch. Eine akzeptable Lösung wird schlussendlich nur durch eine klare politische Abstützung gelingen.

In diesem Sinne bitten Sie die Unterzeichnenden, angesichts des ausgewiesenen Handlungsbedarfs die Motion Dorfzentrum Herblingen zu überweisen. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit."

*Die Antwort des Stadtrates und Beschlussfassung erfolgen an der nächsten Ratssitzung.*

An dieser Stelle schliesst die Ratspräsidentin die Sitzung.

Der Ratssekretär:

René Gisler

Nächste Ratssitzung: Dienstag, 6. Juni 2000